

(Hürten [GRÜNE])

- (A) ist seinerzeit im Konsens darüber diskutiert worden, daß es erhebliche Probleme bei der Einstufung der Pflegebedürftigen gibt. Wir haben erhebliche Beratungsdefizite, wir haben Leistungsdefizite; auch die sind schon angesprochen worden.

Ich habe gedacht - aber das war ein Irrtum -, wir hätten in verschiedenen Punkten Konsens. Zum Beispiel haben wir gemeinsam einen Antrag verabschiedet, in dem es darum geht, daß die Richtlinienempfehlungen zur Einstufung von Pflegebedürftigen durch den Medizinischen Dienst verbessert werden, indem darin zum Beispiel die psychosozialen Betreuungsnotwendigkeiten sehr viel stärker herausgestellt und zum Beispiel die Altersverwirrtheit und ähnliche Probleme sehr viel stärker berücksichtigt werden. Das alles führt zu höheren Kosten.

Wir haben festgestellt, daß der Beratungsbedarf enorm hoch ist, und haben im Landespflegegesetz verankert, daß unabhängige Beratungsstellen eingerichtet werden müssen,

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

damit den Pflegebedürftigen eine ihnen entsprechende Beratung zukommt. Natürlich müssen diese Beratungsstellen auch bezahlt werden.

- (B) Ich weiß, gerade diese Beratungsstellen lehnen Sie ab.

(Georg Gregull [CDU]: Wir lehnen sie nicht ab, aber dann muß das Land sie bezahlen! - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wenn Sie so etwas beschließen, müssen Sie es auch bezahlen! Aber Sie kürzen ja sogar das Blindengeld!)

- Ach, hören Sie doch auf, Herr Kollege Arentz!

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist Ihre Methode!)

Ich bin gern bereit, über das Blindengeld zu diskutieren, aber nicht in den vier Minuten, die mir in der Aktuellen Stunde zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich war gestern auf einer Beerdigung. An einer Beerdigung nehmen natürlich in sehr hohem Maße ältere Menschen teil. Dort ist mir ein klassisches Beispiel vor Augen geführt worden: ein hochbetagtes Ehepaar, der Mann über 80, die Frau Ende 70. Er ist vor zwei, drei Jahren

schwerkrank geworden; Aufenthalte im Krankenhaus und zu Hause wechselten ab. Zu Hause hat ihn die Frau unter schwierigen Bedingungen auf sich allein gestellt gepflegt und versorgt. Sie hatte keinerlei Beratung, welche Ansprüche sie an die Pflegeversicherung hat. Erst wenige Monate vor dem Tod des Mannes hat der Medizinische Dienst die Prüfung vorgenommen, weil sich die Frau vorher nicht getraut hat, einen Antrag zu stellen, daß ein Pflegedienst zu ihr nach Hause kommt. Sie hatte Angst, sie müßte es selber bezahlen.

Wie können Sie dann in Frage stellen, daß es einen Beratungsbedarf gibt und daß es zum Aufgabenbereich der Versicherungen gehört, eine solche Beratung zu finanzieren?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde Ihr Verhalten gerade an diesem Punkt unsozial und politisch völlig unmöglich. Es ist durchsichtig und eines sozialpolitischen Sprechers wirklich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD! - Georg Gregull [CDU]: Ach, wenn Sie das sagen!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest, so daß die **Aktuelle Stunde geschlossen** werden kann.

Ich rufe auf:

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2100

erste Lesung

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Der Gesetzentwurf wird **eingebracht** durch den Herrn Finanzminister. Ich erteile Herrn Schleußer das Wort.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier an diesem Pult habe ich am 24. April zugesagt: Sobald die Datenlage verlässlich ist, werde ich wie in der Vergangenheit zeitgerecht und schnell handeln, allerdings ohne die der Opposition eigene Hektik. - So ist es geschehen.

Schon nach Bekanntwerden der geänderten Vorlaufdaten habe ich noch vor der Steuerschätzung am 13. Mai 1997 eine Haushaltssperre erlassen. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Steuerschätzung haben wir sie für unser Land analysiert und unverzüglich einen Nachtragshaushalt erarbeitet, den das Kabinett am 3. Juni beschlossen hat und den ich heute in den Landtag einbringe.

Es bleibt dabei: In Nordrhein-Westfalen ist Finanzpolitik verlässlich.

- (B) Die Notwendigkeit für diesen Nachtragshaushalt liegt allerdings nicht in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat nicht die Ausgaben gesteigert, sondern im Gegenteil Ausgaben gesenkt, hat solide gewirtschaftet. Dieser Nachtrag ist notwendig wegen der immensen Steuerausfälle, mit denen wir wieder einmal umgehen müssen.

Wie bekannt, hat die Steuerschätzung in Schwerein die Einnahmeerwartung für das Jahr 1997 für Bund, Länder und Gemeinden um insgesamt 17,9 Milliarden DM gegenüber der Steuerschätzung vom November 1996 - das war vor gerade einmal einem halben Jahr - reduziert. Das zeigt: Es sind nicht nur die wegbrechenden Steuereinnahmen, die Haushaltsaufstellung und Haushaltsvollzug so schwierig machen. Das eigentliche Problem, die Höhe der Steuereinnahmen, ist mittlerweile praktisch nicht mehr planbar.

Nach heutigem Kenntnisstand - ich sage das bewußt vorsichtig - werden Bund, Ländern und Gemeinden 1998 31,6 Milliarden DM fehlen; 1999 sind es noch einmal 35 Milliarden DM.

Gegenüber November 1996 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zweifellos weiter verschlechtert. Das führt bei der Lohnsteuer zu einer Reduzierung der Einnahmeerwartung um 5,5 Milliarden DM. Auch die Talfahrt der veranlagten Einkommensteuer hat sich ungebremst fortgesetzt. Hier wurden die Einnahmeschätzun-

gen erneut zurückgenommen, nämlich um 6,2 Milliarden DM. (C)

Meine Damen und Herren, mich interessiert nicht mehr, wer bei dem Streit zwischen Waigel und Rexroth recht hat, ob der Bundeswirtschaftsminister die Basisdaten für die Steuerschätzung aus eigenem Antrieb falsch vorgelegt hat, wie Waigel behauptet, oder ob er von Waigel dazu gedrängt wurde, wie Rexroth sagt. Wichtig für uns sind einzig und allein die fehlenden Grundlagen für exakte Planung. Das führt dazu, daß wir in diesem Nachtragshaushalt Mindereinnahmen von 1,8 Milliarden DM auffangen müssen.

Der Nachtrag, den die Landesregierung beschlossen hat, beschränkt sich im wesentlichen auf den Ausgleich der zu erwartenden Steuermindereinnahmen und die Berücksichtigung zwangsläufiger Mehrausgaben im Bereich Asyl und Betreuungsgesetz. Die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1997 und des Kfz-Steueränderungsgesetzes 1997 sind in dem neuen Steueransatz enthalten.

Durch die notwendige Korrektur der Einnahmenseite verändert sich gleichzeitig die Bemessungsgrundlage für den allgemeinen Steuerverbund. Entsprechend der Verbundautomatik mindert sich die Finanzmasse für den kommunalen Finanzausgleich um knapp 250 Millionen DM. (D)

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 und das Solidarbeitragsgesetz 1997 müssen zeitgleich mit dem Haushaltsplan angepaßt werden. Die Landesregierung hat das Ziel, auch hier möglichst wenig investive Mittel zu kürzen und statt dessen eine Reduzierung bei den konsumtiven Ausgaben vorzunehmen. Daher sollen die investiven Zweckzuweisungen nur um 5 %, das heißt um insgesamt 41,5 Millionen DM gekürzt werden; 207,9 Millionen DM werden von den Schlüsselzuweisungen abgesetzt.

Meine Damen und Herren, die Lücke, die nach der Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs auf der Einnahmenseite verbleibt, wird zum großen Teil durch Einsparungen geschlossen: Durch die moderaten Tarif- und Besoldungserhöhungen des Jahres 1997 kann im Einzelplan 20 der Ansatz für Personal um 147 Millionen DM zurückgenommen werden. Auch die Entwicklung der Beihilfe und der Versorgungsleistungen lassen diese Kürzung zu.

Die Zinsausgaben konnten wir um 550 Millionen DM niedriger ansetzen. Die Gründe für diese hohen Einsparungen liegen im historisch niedrigen

(Minister Schleißer)

- (A) Zinsniveau, das bei der Neuverschuldung hilft, aber auch bei den Umschuldungen und den variablen Krediten.

Bei 24 Milliarden DM Bruttokreditaufnahme und knapp 13,5 Milliarden DM variablen Schulden reagieren rund 37 Milliarden DM kurzfristig auf die Veränderungen des Zinsniveaus, und 1,5 Prozentpunkte Differenz machen allein 550 Millionen DM aus.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Veränderungen in dieser Größenordnung sind keineswegs die Ausnahme, sondern eher die Regel.

Vorsorge ist daher bei den Zinsansätzen immer geboten. Das gilt insbesondere in Zeiten, in denen die anstehenden Entscheidungen über die Europäische Währungsunion auch für Unsicherheiten an den Finanzmärkten sorgen.

Wir wissen, daß im Februar ein neuer Tiefstand im Zinsniveau erreicht wurde - und das bei sehr pessimistischen Prognosen fast aller Fachleute Ende des letzten Jahres. Auf diesen historischen Tiefstand der Zinsen konnten und durften wir uns bei der Aufstellung des Haushalts 1997 nicht einlassen.

- (B) In Höhe von 500 Millionen DM wird eine globale Minderausgabe ausgebracht. Die Verteilung auf die einzelnen Ressorts erfolgt nach demselben Schlüssel wie schon 1996 und 1997.

Meine Damen und Herren, bereits im Vorfeld der heutigen Debatte zum Nachtragshaushalt ist von der Opposition Kritik an dieser Maßnahme geübt worden: Sie sei zu hoch und verletze deshalb das Budgetrecht des Parlaments. Es müßten titelscharfe Angaben vorgelegt werden.

Dazu sage ich folgendes: Die globalen Minderausgaben haben - Stammhaushalt und Nachtragshaushalt zusammen - einen Anteil von 1,1 % am Haushalt. Dieser Anteil ist verfassungsrechtlich unstrittig und unbedenklich. Der Staatsgerichtshof Baden-Württemberg hat 1996 noch eine globale Minderausgabe von 1 % der Gesamtausgaben für zulässig erklärt. Der Berliner Verfassungsgerichtshof hatte 1993 eine globale Minderausgabe von 2,3 % nicht als Verletzung der Haushaltsgrundsätze angesehen.

Ich bin davon überzeugt, daß gerade die globale Minderausgabe ein Instrument ist, das den Ressorts die eigenverantwortliche und effiziente Mittelverwendung ermöglicht; sie erzwingt sie geradezu, und zwar unabhängig von konkreten Projekten.

(C) Die CDU war nicht immer gegen globale Minderausgaben; dazu möchte ich an die Debatte zum Haushalt 1994 erinnern. Damals hatte die CDU eine globale Minderausgabe von zusätzlich eine Milliarde DM auf eine bereits bestehende von 605 Millionen DM gefordert. Es war also eine globale Minderausgabe von 2 % auf den Gesamthaushalt angestrebt, und das heißt, daß 2 % globale Minderausgaben der CDU Rechtsens sind, daß 1 % der Landesregierung jedoch verfassungswidrig sein können.

Der durch die Ergebnisse der Steuerschätzung entstandene Sparzwang erfordert schnelle Entscheidungen. Ein detailliertes Durchforsten des gesamten Haushalts hätte die Verabschiedung eines Nachtrags vor der Sommerpause ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, weitere 500 Millionen DM werden durch die Veräußerung von Landesvermögen erzielt; 300 Millionen DM durch Beteiligungen, 200 Millionen DM durch den Verkauf von Forderungen. Der Ministerpräsident hatte bereits in der Regierungserklärung im September 1995 angekündigt, das Forderungs- und das Beteiligungsvermögen noch zielgerichteter einzusetzen. Ihnen ist bekannt, daß einige Beteiligungen in der Zwischenzeit veräußert worden sind, so zum Beispiel die C&L Treuarbeit und die Deutsche Pfandbrief- und Hypothekenbank.

(D) Mit dem Nachtrag folgt der nächste Schritt: Der Landesanteil an der Lufthansa AG wird direkt veräußert. Die übrigen Beteiligungen werden in eine Beteiligungsverwaltungsgesellschaft eingebracht. Eigentümerin dieser Holding-Gesellschaft wird das Land sein. Will diese Gesellschaft eine Beteiligung veräußern, ist dazu die Zustimmung des Kabinetts nötig.

Durch die Zusammenführung aller wichtigen Beteiligungen in dieser landeseigenen GmbH ist künftig eine noch effizientere Verwaltung und ein zielgerichteter Einsatz des Beteiligungsvermögens gewährleistet.

Wir bleiben, meine Damen und Herren, bei unserem vom Kabinett schon 1994 beschlossenen Grundsatz: Dauerhaft bleiben beim Land nur Beteiligungen, die aus strukturpolitischen Gründen unverzichtbar sind; das heißt, daß es eine wesentliche Aufgabe der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft sein wird, die strukturpolitisch verzichtbaren Beteiligungen marktorientiert weiter zu veräußern.

(Minister Schleißer)

(A) Die Veräußerung von Forderungen an Finanzierungsinstitute ist ein in der Privatwirtschaft häufig begangener Weg. So können langfristige Forderungen in kurzfristige Liquidität umgewandelt werden. Man gewinnt die entsprechenden Mittel zur Bilanzkonsolidierung und zur Schuldensenkung. Diesen Weg will auch die Landesregierung künftig gehen. Mit dem Nachtrag werden dafür die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, und rund 200 Millionen DM sind als Einnahme etatisiert.

Es bleibt dabei: Den Schuldnern werden gegenüber der jetzigen Situation keine Nachteile entstehen. Es ist sichergestellt, daß die Mittelverwendung weiter im Sinne der ursprünglichen politischen Zielsetzung erfolgt. Die beteiligten Ressorts entscheiden allein über Stundung und Erlaß der Forderungen.

Meine Damen und Herren, die geplante Zuführung an den Grundstock aus dem Landeshaushalt entfällt; das ergibt Minderausgaben von 28 Millionen DM.

Alle diese dargestellten Maßnahmen führen im Ergebnis dazu, daß die Schuldenaufnahme konstant bleibt. Mit dieser strikten Konsolidierungspolitik bleibt die Kreditaufnahme trotz der Steuerausfälle von 1,8 Milliarde DM unverändert und damit deutlich unter der Verfassungsgrenze.

(B) Das Land wird auch weiterhin konsumtive Ausgaben nicht über Kredite finanzieren. Ebenfalls für Maastricht sind wir bestens gerüstet. Mit der geplanten Kreditaufnahme von 7,1 Milliarden DM wird, gleichgültig, welcher Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern gefunden wird, Nordrhein-Westfalen auf der sicheren Seite sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! In der Regierungserklärung vom September 1995 hat der Ministerpräsident als finanzpolitisches Ziel der Landesregierung formuliert, die Nettokreditermächtigung bis zum Jahre 2000 auf 1 Milliarde DM zurückzuführen. Dieses Ziel war ehrgeizig, aber nicht utopisch. Grundlagen waren allerdings die Einnahmen nach der Steuerschätzung vom Mai 1995, das heißt heute vor genau zwei Jahren. Hätten sich die Einnahmen so entwickelt, wie damals von den Steuerschätzern berechnet, hätte die Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung der in diesen Jahren getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen 1995 5,4 Milliarden, 1996 3,3 Milli-

arden und in diesem Jahr nach dem jetzigen Nachtragshaushalt nur noch 1,2 Milliarden DM betragen. Das heißt: Das ehrgeizige Ziel von 1995 wäre bereits erreicht. (C)

Es ist anders gekommen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Seit 1995 haben die Steuereinnahmen einen ungebrochenen dramatischen Abwärtstrend. Vergleicht man die Schätzzahlen vom Mai 1995 mit Mai 1997, also mit nur zweijähriger Differenz, dann sind die gesamtstaatlichen Einnahmeerwartungen für 1997 um 150 Milliarden, für 1998 um 177 Milliarden und für 1999 um 191 Milliarden DM geschrumpft. Solch gravierende Schätzabweichungen hat es bisher in der Geschichte dieser Republik noch nicht gegeben. Sie sind wirklich einmalig und so auch nicht mehr vertretbar.

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Eine Ursache für diese schwere Einschätzbarkeit ist natürlich die konjunkturelle Entwicklung; aber auch der unermüdliche Eifer der Bundesregierung bei der Steuergesetzgebung hat einen gewaltigen Anteil.

Dieser Aktionismus, den wir in den letzten fünf, sechs Jahren feststellen mußten, erschwert nicht nur die Arbeit der qualifizierten Steuerschätzer, sondern erschwert auch die Arbeit derjenigen, die einen ordnungsgemäßen Haushalt verantworten müssen. Die Vielzahl von Steuerrechtsänderungen bereitet nicht nur den Bürgern Probleme; sie sind in ihren finanziellen Auswirkungen von niemandem mehr zu kalkulieren. (D)

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Meine Damen und Herren! Nur mit konsequenter Haushaltsdisziplin konnte die Kreditaufnahme in NRW trotz der Einnahmefälle erträglich gestaltet werden. Im Vergleich mit den übrigen Flächenländern hat Nordrhein-Westfalen auch 1997 nicht nur die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben, sondern auch die niedrigsten Personalausgaben - und das, obwohl Nordrhein-Westfalen eines der finanzstärksten Länder dieser Republik ist.

Ohne diese neuen Anstrengungen, ohne neue Konsolidierungsmaßnahmen bei den Einnahmefällen seit Mai 1995 wäre der Kreditbedarf 1997 auf 11,5 Milliarden DM angestiegen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran: Die nordrhein-westfälische Finanzpolitik bleibt solide,

(Minister Schleißer)

- (A) sie bleibt verlässlich. Während meiner gesamten Amtszeit wurden die Nettokreditermächtigungen, die der Landtag erteilt hat, nie ausgeschöpft, geschweige denn überschritten.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge hinzu: Das soll so bleiben! Durch die Maßnahmen, die mit diesem Nachtragshaushalt vorgeschlagen sind, durch die Einsparungen, die wir vorschlagen, und durch die gezielte Veräußerung von Landesvermögen wird es auch in diesem Jahr gelingen, einen ausgeglichenen Haushaltsabschluß vorzulegen.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht leicht, im Chaos Kurs zu halten. Aber Nordrhein-Westfalen wird das auch 1997 gelingen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Diegel für die Fraktion der CDU das Wort.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Chaos der Koalition, oder was meinen Sie?)

- (B) **Helmut Diegel (CDU)*:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, Sie haben gerade den Nachtragshaushalt eingebracht. Gerade heute, am Freitag, dem 13., haben Sie diesen Nachtrag eingebracht. Ich denke, das ist kein glückliches Datum für einen solchen Nachtrag, aber vielleicht das passende Datum für diesen Nachtrag.

(Minister Heinz Schleißer: Wir sind im Gegensatz zu Ihnen nicht abergläubisch!)

Aber, Herr Finanzminister, ich habe auch nicht festgestellt, daß Sie mit diesem Nachtrag besonders glücklich sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe, daß Sie gut sitzen, und es scheint, daß Sie auch zufrieden sind. Ich denke aber, in diesem Land kann niemand zufrieden sein, Sie auch nicht! Es ist nicht damit getan, den Nachtrag heute eingebracht zu haben, sich hier hinzusetzen und zu denken, es sei vollbracht. Herr Finanzminister, jetzt müssen Sie erst recht die Ärmel hochkrepeln. Sie müssen die Löcher stopfen. Das heißt: Ihre Arbeit fängt jetzt erst an!

Die Diskussion um die Haushaltslöcher - darin gebe ich Ihnen recht, Herr Finanzminister - ist in

Deutschland zur traurigen Alltäglichkeit geworden. Wer die Zeitung aufschlägt, liest fast zwangsläufig irgend etwas über die Nöte der Bundesregierung, den Haushalt auszugleichen und gleichzeitig die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

Die nordrhein-westfälische Finanzsituation tritt demgegenüber oft in den Schatten und wird nur am Rande wahrgenommen.

(Minister Heinz Schleißer: Das hat aber andere Gründe! - Reinhold Trinius [SPD]: Hoffentlich haben Sie sie heute wahrgenommen!)

Das geschieht sehr zu unrecht, Herr Trinius; denn erstens ist die nordrhein-westfälische Finanzsituation mindestens ebenso schwierig wie die des Bundes,

(Beifall bei der CDU)

und zweitens spüren die Bürger die Folgen von Notoperationen in den Landesfinanzen oft viel schmerzhafter, als dies bei Maßnahmen des Bundes der Fall ist.

(Beifall bei der CDU)

Zum Beispiel: Wegfallende freiwillige Leistungen des Landes bedeuten die Streichung vielfältiger Maßnahmen von der Familienhilfe über die Aids-Bekämpfung bis hin zur Gewerbeförderung. Wegfallende Investitionen des Landes bedeuten den Verlust von Arbeitsplätzen in ganz Nordrhein-Westfalen. Wegfallende Kommunalmittel ziehen die Streichung kommunaler Leistungen oder die Erhöhung kommunaler Gebühren nach sich, wie heute unter anderem zu lesen ist.

Meine Damen und Herren! Dies spürt jeder Bürger im Portemonnaie. Dies wollen wir so nicht mitmachen, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute also über einen Nachtrag zum Landeshaushalt debattieren müssen, stehen wir in Nordrhein-Westfalen in der ersten Reihe und nicht im Schatten der Bundespolitik. Das könnte ein erhebendes Gefühl sein, wenn denn der Anlaß nicht ein so trauriger wäre. Diese Nachtragsdiskussion ist um so trauriger, als wir alle wissen, daß sie vermeidbar gewesen wäre.

(Reinhold Trinius [SPD]: Bitte?!)

Nicht nur die CDU-Landtagsfraktion, sondern auch der Bund der Steuerzahler und andere haben bereits im Herbst 1996, als der Haushalt 1997

(Diegel [CDU])

- (A) beraten wurde, darauf hingewiesen, daß Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen durch Sie, Herr Finanzminister Schleußer, viel zu hoch angesetzt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere daran: Vor fast acht Wochen haben wir Sie hier nochmals aufgefordert und eindringlich gebeten, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, um das Finanzdesaster in Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Die Reaktionen von Koalition und Finanzminister haben wir alle noch im Ohr: Bemänteln, bestreiten und beschwichtigen - das war neben den üblichen Ablenkungsangriffen auf Bonn alles, was wir hier hörten.

(Unruhe - Glocke)

Zur Demonstration, wie scheinheilig hier operiert wurde, möchte ich nur eine Passage des Finanzministers aus seiner Presseerklärung vom 4. Dezember 1996 zitieren. Darin sagte er:

"Die Landesregierung hält angesichts der vorliegenden Daten an den Steueransätzen im Haushaltsplanentwurf von 69,35 Milliarden DM fest."

Und weiter:

- (B) "Die hier bestehende Differenz reicht aus, um die möglicherweise sich ergebenden Risiken abzudecken."

Meine Damen und Herren! Der Finanzminister erweckt hier also den Eindruck, er säße auf einem dicken Sicherheitspolster und sei gegen alle Risiken gewappnet. In Wirklichkeit waren jedoch schon im Dezember 1996 seine Steueransätze um eine Milliarde DM höher als die des Arbeitskreises Steuerschätzung.

(Beifall bei der CDU)

Ein Nachtrag - das wissen Sie viel besser, als Sie es jetzt zugeben - war bereits damals unvermeidlich. Der Minister saß nicht auf einem Polster; der Finanzminister saß auf einem Loch. Und dieses Loch hat sich mittlerweile derart vergrößert, daß der Minister dort hineingefallen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Und deshalb sind wir in dieser Debatte.

Jetzt endlich legt der Finanzminister die von der CDU seit über einem halben Jahr geforderte Nachbesserung des Haushalts vor. Jetzt, zur Mitte des Haushaltsjahres, da die notwendigen Einschnitte noch viel schmerzhafter und schwieriger

sind, sieht der Finanzminister ein, daß das offenbar von ihm erwartete Wunder nicht eintreten wird. Deshalb muß der Landtag nun im Eiltempo von zwei Wochen beraten und entscheiden, was wir schon im vergangenen Herbst in aller Ruhe hätten erledigen können und müssen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Dieses Verfahren ist eine Zumutung für alle, die an diesem Nachtrag beteiligt sind: für uns Politiker ebenso wie für die Journalisten und für die Mitarbeiter der Landesministerien und der Fraktionen. Alle und letztlich auch die Bürger in unserem Lande müssen jetzt darunter leiden, daß sich der Finanzminister weigerte, die Realitäten frühzeitig anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU)

Vollständig, Herr Finanzminister, erkennen Sie die Realitäten leider immer noch nicht an. Das Haushaltsloch ist in Wahrheit noch viel größer, als Sie es heute zugeben. Nicht 1,8 Milliarden DM, sondern 2,3 Milliarden DM werden dem Land nach Berechnungen der CDU-Landtagsfraktion bis zum Ende des Jahres fehlen. Wir sind wirklich gespannt, Herr Finanzminister, wie Sie dieses Loch hier stopfen wollen.

Meine Damen und Herren! Der Nachtrag, den die Landesregierung heute vorgelegt hat, hat ein Volumen von rund 2 Milliarden DM. Er gliedert sich in mehrere Blöcke, die einer näheren Betrachtung bedürfen. (D)

500 Millionen DM will der Finanzminister über globale Minderausgaben erwirtschaften. Da dies offenbar einer seiner Lieblingsinstrumente ist, war das zu erwarten. Rund 433 Millionen DM stehen allerdings jetzt schon als globale Minderausgaben im Haushalt. Nun sollen diese noch um weitere 500 Millionen DM aufgestockt werden. Das sind fast 1 Milliarde DM an globalen Minderausgaben.

(Reinhold Trinius [SPD]: Sie wollten 1,6 Milliarden DM!)

Das macht in einigen Einzelplänen - Herr Trinius, sehen Sie es sich bitte an - bis zu 8 % des Gesamtvolumens aus.

(Beifall bei der CDU)

Ob das verfassungsrechtlich haltbar ist, können und werden wir im Laufe der Beratungen noch erfahren.

(Diegel [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren! Um ein Haushaltsloch zu schließen und durch Einsparungen zu schließen, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Entweder geht man den ehrlichen, aber doch steinigen Weg und nennt die Haushaltspositionen, die zusammengestrichen werden, oder man spart global und in der Regel unsozial. Der Finanzminister hat sich für den letzteren, den bequemeren, den unehrlichen Weg entschieden.

(Beifall bei der CDU)

Er tat dies zum einen, weil er in die selbst geschaffene Zeitfalle gelaufen ist. Er hat offensichtlich nicht mehr den Spielraum, einen sorgfältigen, trennscharfen Nachtrag vorzulegen. Zum anderen tat er dies jedoch vor allem, weil diese Koalition, in der jeder seine Besitzstände mit Zähnen und Klauen verteidigt, einfach nicht die Kraft zu trennscharfen Einsparungen hat.

Mich wundert es ehrlich, daß die GRÜNEN so etwas mitmachen.

(Winfried Schittges [CDU]: Die erst recht!)

Der Kollege Dr. Busch, der in der letzten Legislaturperiode noch der finanzpolitische Sprecher seiner Fraktion war,

(Zuruf von den GRÜNEN: Damals!)

- (B) hat hierzu in der Debatte vom Nachtragshaushalt 1994 folgendes richtig festgestellt:

"Wir haben in diesem Haushaltsjahr ein Hü und Hott erlebt. Es gab eine Haushaltssperre, dann die Aufhebung einer Haushaltssperre, danach den Erlaß einer Minderausgabe. Da gibt es keine Transparenz. Das ist undemokratisch. Wir können nicht sehen, wo die Einsparungen tatsächlich vorgenommen werden. Dieses Verfahren lehnen wir ab."

So der GRÜNEN-Sprecher Dr. Busch.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich frage Sie, Herr Dr. Busch: Warum sind Sie, die GRÜNEN, jetzt auf einmal offensichtlich mit genau dem gleichen Verfahren einverstanden? Beeinflußt die Teilnahme an der Macht das demokratische Verständnis der GRÜNEN schon so stark?

(Beifall bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Regieren macht klug!)

Ändert das Sein auf einmal das Bewußtsein, Herr Dr. Busch?

(Beifall und Zurufe bei der CDU - Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Wir denken darüber nach! - Winfried Schittges [CDU] zu Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Dr. Busch, auch Herr Matthiesen war schon in anderen Rollen! - Glocke)

Dabei hatten Sie damals doch völlig recht, Herr Dr. Busch: Ein solches Verfahren ist undemokratisch, weil das erforderliche Streichkonzert jetzt im Anschluß an die Verabschiedung des Haushalts unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

Ich wundere mich schon, was Sie als GRÜNE auf einmal so alles mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

In den Amtsstuben der Ministerien - dessen müssen wir uns bewußt sein - wird demnächst durch Federstrich entschieden, ob die Mittel für die Flüchtlingsbetreuung oder für die Behindertenwerkstätten dran glauben müssen, ob die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eingestellt wird oder ob die Mittel für Familienbildung oder für Handwerksförderung zusammengestrichen werden. Die Blankovollmacht, die Sie hier einfordern, Herr Finanzminister, darf das Parlament nicht erteilen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schlußer: So ein Quatsch!)

Damit wird unsere Budgetverantwortung unterlaufen und ausgehebelt. Das, Herr Finanzminister, macht die CDU nicht mit.

Der zweite große Block, mit dem die Landesregierung das Haushaltsloch stopfen will, ist die Veräußerung von Landesvermögen. Die Veräußerung von Beteiligungen des Landes soll eine weitere halbe Milliarde DM erbringen. Na prima - kann man denken -, immer noch besser, als noch mehr Leistungen für den Bürger zu kürzen. Man darf aber nie vergessen, daß jede Mark nur einmal eingenommen und nur einmal ausgegeben werden kann.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist unbestreitbar!)

Es war daher, Herr Matthiesen, bisher Konsens zwischen allen Fraktionen und der Landesregierung, daß Verkaufserlöse nur für Maßnahmen und Projekte verwendet werden dürfen, die der Strukturverbesserung in Nordrhein-Westfalen die-

(Diegel [CDU])

(A) nen. So steht es im Haushalt 1997 noch zu lesen.

(Minister Heinz Schleußer: Richtig! Und das machen wir auch weiter!)

Dieses Prinzip ist für jeden richtig und einsehbar. Wer sein Tafelsilber verkauft, darf den Erlös nicht auf einmal verfrühstückten, sondern muß ihn gewinnbringend anlegen. Sonst verarmt er vollends und unwiederbringlich.

(Dietrich Kessel [SPD]: Wie der Waigel das macht!)

Mit der heutigen Einbringung des Nachtrags hat der Finanzminister - hören Sie genau zu, meine lieben Kolleginnen und Kollegen - diesen Haushaltsvermerk gestrichen. Was seit über 50 Jahren hier gang und gäbe war, was Konsens war, ist gestrichen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Hört! Hört!)

Finanzminister Schleußer will nun die Erlöse zur Schließung des Haushaltslochs und damit zum Konsum verwenden. Meine Damen und Herren, das lehnt die CDU ab. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

(B) Nun ist es ja nicht so, als wäre die CDU-Landtagsfraktion grundsätzlich gegen die Veräußerung von Landesvermögen. Im Gegenteil: Wir fordern seit langem die Umschichtung dieses Landesvermögens und haben hierzu bereits 1992 einen Plan vorgelegt.

Das Land Nordrhein-Westfalen besitzt ein riesiges Immobilienvermögen im Wert von rund 42 Milliarden DM. Hinzu kommt ein milliardenschweres Beteiligungsvermögen. Dieses Vermögen ist unsere Reserve, die wir in Anbetracht der desolaten Finanzsituation dringend aktivieren müssen. Ich frage Sie, Herr Finanzminister: Wann denn sonst, wenn nicht in Notzeiten, sollen wir unser Ersparnis, unser Vermögen aktivieren? Aber nicht, wie Sie es vorschlagen, ausschließlich zum Flickern von Löchern, nicht zur Finanzierung ideologischer Spielwiesen und nicht zum Anfüttern von Klientelgrüppchen!

(Beifall bei der CDU)

Das Vermögen muß zur Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaftskraft eingesetzt werden, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Ver-

besserung der Verkehrsstruktur und zur Verringerung des Schuldenbergs. (C)

(Beifall bei der CDU)

Dann, meine Damen und Herren, bringen die Erlöse auch für den Landeshaushalt langfristige Früchte, die sich in Steuererhöhungen, weniger Soziallasten und geringerer Zinslast ausdrücken.

Solange diese Landesregierung die überflüssigen grünen Spielwiesen unangetastet läßt, solange diese Landesregierung Hunderte von Millionen DM für Klientelpolitik verplempert, so lange ist noch Luft genug in diesem Haushalt, um die Haushaltslöcher ohne Rückgriff auf das Tafelsilber stopfen zu können.

(Beifall bei der CDU)

So lange werden wir uns auch nicht an Verkaufsoperationen beteiligen, die nur dem einmaligen Stopfen von Löchern, nicht jedoch der Haushaltskonsolidierung dienen, Herr Finanzminister.

Aber nicht nur das Ob, auch das Wie der Veräußerungsmaßnahmen ist zu kritisieren. Die Landesregierung will die von ihr genannten Beteiligungen in eine noch zu gründende Beteiligungskapitalgesellschaft einstellen - ein richtiger Zungenbrecher. Was wird damit eigentlich bezweckt, Herr Schleußer? Das soll den Vorteil haben, die Erlöse dieses Jahr noch haushaltswirksam werden zu lassen. Somit ist das Vorgehen im Prinzip richtig. (D)

(Reinhold Trinius [SPD]: Ach!)

Der Haken bei der Geschichte ist jedoch, daß aufgrund der Beteiligungsgesellschaft über die Veräußerung nicht mehr das Parlament, sondern das Kabinett im einzelnen entscheidet. Auch hier fordert die Landesregierung also eine Blankovollmacht, um unter Ausschluß jeglicher parlamentarischer Kontrolle agieren zu können. Das wollen wir nicht, Herr Schleußer.

(Beifall bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber die GRÜNEN wollen das!)

Pikant wird das vor allem bei der Veräußerung der Flughäfen. Hier sperren sich die GRÜNEN, wie wir alle wissen. Daher ist eine rot-grüne Mehrheit im Parlament für den Verkauf höchst unsicher. Also soll das im Kabinett geregelt werden, wo man die beiden grünen Minister bequem überstimmen kann.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Michael Vesper: Quatsch!)

(Diegel [CDU])

- (A) - Natürlich! Daß Sie so etwas mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ist mir schleierhaft.

(Beifall bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie werden doch gar nicht gefragt!)

Ich stelle die Frage: Sind die Domestizierungserfolge der SPD wirklich schon so groß, wie der Kollege Matthiesen immer wieder erklärt?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Das tut Ihnen richtig weh, was?)

Die Veräußerung der Flughäfen ist nicht nur haushaltspolitisch, sondern vor allem auch strukturell höchst relevant.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen Investoren finden, die nicht nur Geld haben, sondern die auch die Flughäfen so nutzen, daß sie weiterhin ihrer verkehrs- und wirtschaftspolitischen Bedeutung in Nordrhein-Westfalen gerecht werden. Hieran hängen Tausende von Arbeitsplätzen. Bei diesem Thema darf sich der Landtag nicht einfach aus der Verantwortung ausklinken. Es muß daher sichergestellt werden, daß der Landtag bei den Flughäfenverkäufen auch weiterhin über das Wie der Veräußerung mitentscheidet. Dafür tritt die CDU ein. Anders soll das bei diesem Thema nicht gehen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum dritten großen Einsparblock kommen, den verminderten Personal- und Zinsausgaben: Da offenbart der Haushalt schier Unglaubliches. 500 Millionen DM Zinsausgaben können im zweiten Halbjahr 1997 gespart werden. Einfach so, sagt der Finanzminister.

(Minister Heinz Schlußer: Nein!)

Dazu kommen weitere 147 Millionen DM Personalkosten, von denen man auch erkannt hat, daß sie eigentlich gar nicht gebraucht werden. Was ist da passiert?, fragt sich der erstaunte Haushaltsleser.

Natürlich sind auch wir von der CDU erfreut darüber, daß der 97er Haushalt an unerwarteter Stelle noch so viel Luft enthält. Gleichzeitig stimmt mich das aber ärgerlich, denn so viel Luft dürfte da eigentlich nicht sein, es sei denn, der Herr Finanzminister hat mit einem raschen Zins-

anstieg im Jahre 1997 gerechnet. Wenn dem so war, hat er sich zum Glück - das ist aber nicht weniger peinlich - schwer verkalkuliert.

(Minister Dr. Michael Vesper: Die CDU weiß alles im voraus!)

Wenn er sich aber nicht verkalkuliert haben sollte, heißt das, er hat in den 97er Haushalt einen heimlichen Puffer eingebaut, um Unabwägbarkeiten aufzufangen. Dies mag zwar menschlich verständlich sein, hat aber mit den Prinzipien von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister hat dann schlicht und einfach das Parlament bei den Haushaltsberatungen zu diesem Punkt betrogen. Das wäre eine Ungeheuerlichkeit.

(Reinhold Trinius [SPD]: Unsinn!)

Der nächste große Einsparblock betrifft natürlich wieder die Kommunen. Sie werden mit fast 250 Millionen DM zur Kasse gebeten. Dies wird in den nordrhein-westfälischen Kommunen eine Welle von Nachtragshaushalten auslösen. Dies wäre vermeidbar gewesen, wenn dieser Finanzminister sich frühzeitig zu seinen Haushaltslöchern bekannt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Die Befassung mit diesem Nachtragshaushalt wäre jedoch unvollständig, wenn man nur fragte, was in ihm steht. Mindestens genauso wichtig ist das, was nicht in ihm steht, was schlichtweg fehlt. Einiges habe ich schon angedeutet. Es fehlt eindeutig eine konsequente Streichung der grünen Spielwiesen, weil wir uns den Luxus zur Versorgung grün-alternativer Grüppchen wirklich nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der CDU)

Es fehlt weiterhin eine trennscharfe Nennung der Einsparbereiche, damit die Bürger wissen, welche Leistungen, auf deren Fortbestand sie hoffen, nun wirklich dem Rotstift zum Opfer fallen.

Diesem Haushalt fehlt jedoch vor allem eine Perspektive, Herr Finanzminister. Ein Nachtragshaushalt, der wie dieser aus einer Strukturschwäche resultiert, darf sich nicht nur darin erschöpfen, Löcher zu stopfen. Er muß gleichzeitig Maßnah-

(Diegel [CDU])

- (A) men enthalten, die der Beseitigung der Ursache des Übels dienen.

(Minister Heinz Schleußer: Ja, das werden wir am 27. September machen!)

Die Ursache des Übels, Herr Finanzminister, liegt zum einen in der zu hohen Verschuldung, vor allem jedoch in der fehlenden Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens. 1975 erwirtschafteten wir noch 28,2 % des bundesdeutschen Bruttoinlandsproduktes. 20 Jahre später ist unser Anteil unter den alten Ländern auf ganze 24,8 % geschrumpft.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Da liegt der Hund begraben!)

3,4 % weniger Wirtschaftskraft bedeuten rund 8 Milliarden DM jährlich weniger an Steuereinnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, rund 8 Milliarden DM jährlich hätten wir heute mehr in unserem Haushalt, wenn wir unseren Anteil im Konzert der Länder wenigstens konstant gehalten hätten. Diese verhängnisvolle Entwicklung ist zu stoppen. Diese Entwicklung müssen wir umkehren.

- (B) Herr Finanzminister, ich frage Sie deshalb: Müssen wir jetzt nicht in hohem Maße Reserven mobilisieren, die es uns ermöglichen, im nächsten Jahr massiv Strukturförderung zu betreiben und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen? Warum ist eigentlich, Herr Finanzminister, der Verkauf eines 18%igen Anteils an der West LB so sakrosankt? Müssen die Weichen hierfür nicht bereits jetzt gestellt werden, damit wir im kommenden Jahr über die Verkaufserlöse verfügen und sie für Maßnahmen zur Strukturverbesserung verwenden können?

(Heinz Hunger [SPD]: Sagen Sie das Herrn Waigel!)

Herr Finanzminister, ist dies alles nicht notwendig, um unser Land Nordrhein-Westfalen voranzubringen, die Arbeitsplätze zu sichern und den Bürgern das Vertrauen in die Politik zurückzugeben?

Die CDU-Fraktion erwartet jetzt schon den Einstieg in einen Konsolidierungshaushalt für das Jahr 1998. Wir erwarten darüber hinaus Entscheidungen der Landesregierung, die eine spürbare Ausgabenbegrenzung für die Folgejahre einleiten. Hierzu gehört der Abbau aller unnötigen Subventionen und Fördertatbestände ebenso, wie

- ein beschleunigter Rückbau des Personalapparates. (C)

Diese Landesregierung - Sie haben vorhin noch einmal darauf hingewiesen - hatte einmal das ehrgeizige Ziel, die Verschuldung bis zum Jahr 2000 auf 1 Milliarde DM zu senken. Die von Herrn Rau geführte rot-grüne Landesregierung hat sich jedoch mit unseriösen Buchungstricks endgültig in eine Sackgasse manövriert. Der Finanzminister hat heute vor der Schuldenlawine kapituliert und dieses Ziel sogar öffentlich aufgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion hält dies für falsch und verhängnisvoll. Wenn es uns nicht gelingt, die Neuverschuldung mittelfristig zu beenden, werden wir in den nächsten Jahrzehnten an unseren Schulden ersticken. Einnahmen verbessern und vor allen Dingen an den richtigen Stellen sparen - das ist das Gebot der Stunde, Herr Schleußer.

Wenn die Landesregierung derartige echte Anstrengungen zum Umsteuern unternehmen sollte, wird sie in der CDU-Landtagsfraktion einen konstruktiven und verantwortungsbereiten Partner finden.

(Heinz Hunger [SPD]: Das haben wir bei der letzten Haushaltsberatung erfahren!)

Wir sind nach wie vor bereit - hören Sie gut zu! -, gemeinsam mit der Landesregierung auch unpopuläre Maßnahmen zu vertreten. (D)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Mir kommen die Tränen!)

Das gilt allerdings nur - hören Sie bitte zu, Herr Matthiesen -, wenn die Landesregierung erstens ihrerseits bereit ist, statt globaler Minderausgaben trennscharf zu kürzen, zweitens, wenn sie bereit ist, den Investitionshaushalt nachhaltig zu stärken, und drittens, wenn sie außerdem bereit ist, gemeinsam mit uns den Subventionsdschungel zu durchforsten und den Stellenabbau zu beschleunigen.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Noch mehr Arbeitslose! Noch mehr Sozialhilfeempfänger!)

Sollten Sie, Herr Finanzminister, jedoch hierzu nicht bereit sein, so sind wir - um ein Bild des Kollegen Müntefering aufzunehmen - auch nicht bereit, den von Ihnen aufgehäuften Misthaufen

(Diegel [CDU])

(A) durch unsere Beteiligung auch noch nachträglich zu parfümieren.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Wahl, Sie sind am Zug. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Trinius für die Fraktion der SPD das Wort.

(Laurenz Meyer [CDU]: Der hat es natürlich jetzt schwer! - Weiterer Zuruf von der CDU: Ein schwerer Gang! - Laurenz Meyer [CDU]: Herr Matthiesen hilft ihm schon! - Klaus Matthiesen [SPD]: Da können Sie sicher sein!)

Reinhold Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit ein paar Sätzen zur Lage will ich auch eine Legende ausräumen. Die Steuerschätzung November 1996, verglichen mit der Steuerschätzung Mai 1997 - das ist das Verhältnis, über das wir uns unterhalten. Wir haben von November 1996 zu Mai 1997 - innerhalb eines halben Jahres also - 1,8 Milliarden DM weniger an steuerlichen Einnahmen.

(B)

(Leo Dautzenberg [CDU]: Nehmen Sie den Vergleich Mai 1996 und November 1996!)

- Nein, das ist die Grundlage. Die Steuerschätzungsergebnisse vom November 1996, bezogen auf die Steuerschätzungsergebnisse vom Mai 1997, bedeuten für Nordrhein-Westfalen ein Minus von 1,8 Milliarden DM. Das heißt auch, daß die Grundlage, auf der wir den Haushalt 1997 im Dezember 1996 verabschiedet haben, sicher war.

Aber die Schätzungen brechen weg. Das tun sie inzwischen von Halbjahr zu Halbjahr. Sie scheinen nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß uns die Finanzplanung in Nordrhein-Westfalen - wenn man von der Verlässlichkeit der Schätzungen ausgeht - ermöglicht hätte, die 1 Milliarde DM Nettoneuverschuldung im Jahr 2000 durchaus zu erreichen. Und angesichts der Konsolidierungsanstrengungen des Landes hätten wir diese Nettokreditemächtigung von 1,2 Milliarden DM dann schon im Jahre 1997 erwirtschaftet. Das nehmen Sie einfach nicht zur Kenntnis.

Wenn Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen, Herr Kollege, dann bitte ich Sie: Lesen Sie einmal im Bundestagsprotokoll nach, was Herr Schäuble zu diesen Fragen sagt. Herr Schäuble hat erkannt, daß hier offensichtlich ein Fehler im System vorliegt, sowohl bei der Steuerschätzung wie bei den Annahmen. Vom Steuerrecht redet er nicht. Das hätte ich an seiner Stelle, so damit verbunden, auch nicht getan.

Aber er weist auf einen anderen wichtigen Punkt hin. Es geht nicht länger an, daß eine Vielzahl von Unternehmen, die hier in der Bundesrepublik Subventionen mitnehmen, mit roten Bilanzen in den Ozean schwimmen und mit schwarzen Bilanzen auf den Steueroasen ankommen. Dies geht nicht an. Auf diesen Schwachpunkt hat der Kollege Schäuble im Deutschen Bundestag hingewiesen.

Diese Vielzahl von Schlupflöchern führen unter anderem dazu, daß Steuerschätzungen bei den Steuern aus dem Unternehmensbereich so völlig unkalkulierbar geworden sind. Das hat auch mit Steuerrechtsänderungen zu tun. Schäuble hat in dem Zusammenhang gesagt: Das müssen wir ändern. Endlich müssen diejenigen, die steuerpflichtig sind, auch genau nach Maßgabe der Steuerpflicht ihre Steuern hier im Lande, in Nordrhein-Westfalen, in anderen Bundesländern, zahlen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Trinius, darf ich Sie unterbrechen? Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

Reinhold Trinius (SPD): Ja.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Trinius, auch wenn wir Ihnen bei dieser Beurteilung zustimmen, daß es genügend Schlupflöcher - aber legale Möglichkeiten selbstverständlich - der Gewinnverkürzung und damit der Steuerverkürzung gibt, teilen Sie unsere Ansicht, daß das aber mit unserem Thema hier relativ wenig zu tun hat,

(Beifall bei der CDU)

weil die Steuerschätzung im November ja offensichtlich vom Finanzminister dieses Landes nicht in den Haushaltsentwurf 1997 einbezogen wurde und die Abweichung eine hausgemachte ist, das heißt, Sie einfach 1 Milliarde DM höher angesetzt

(Dr. Linssen [CDU])

(A) haben, als damals schon von der Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen prognostiziert wurde?

(Beifall bei der CDU)

Reinhold Trinius (SPD): Genau das ist eine Legende, Herr Kollege.

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

Denn es hatte sich herausgestellt, daß die Ansätze des Finanzministers für 1997 so vorsichtig waren - das wird jetzt bestätigt -, daß wir nur das zu korrigieren brauchen - aber das ist sehr, sehr viel -, was die Differenz zwischen der Steuerschätzung im November zur Steuerschätzung dieses Jahres ausmacht. Das sind genau diese 1,8 Milliarden DM.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Herr Präsident!
- **Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber** - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(B)

Reinhold Trinius (SPD): Ja, sicher.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Linssen, bitte.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege, sind Sie denn bereit, die Zahlen der Steuerschätzung Mai 1997 und November 1996 dem Hohen Hause vorzulegen? Können Sie dann bestätigen - so sehen unsere Informationen aus -, daß die Differenz eben nicht 1,8 Milliarden DM, sondern 1,3 Milliarden DM minus beträgt, das heißt, Sie jetzt schon eine halbe Milliarde DM aus dem Loch herauslassen, das Sie damals mit einer Milliarde DM hatten?

(Beifall bei der CDU)

Reinhold Trinius (SPD): Verehrter Herr Kollege Dr. Linssen, es gilt eine alte Faustregel, die sich auch hier bestätigt: An der Steuerschätzung, die global für alle öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik vorgenommen wird, ist Nordrhein-West-

falen in aller Regel mit 10 % beteiligt. Die Steuerschätzung für das ganze Bundesgebiet - Länder, Bund und Gemeinden - geht von einem Minus von 18 Milliarden DM aus. Davon 10 % sind genau 1,8 Milliarden DM. Darauf beruht es, das ist die Grundlage.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nicht 10 %, nennen Sie mal die Zahlen der Steuerschätzung genau!)

- Aber wir arbeiten alle mit dieser Faustregel. Ihnen geht es nur um eine einzige Sache: Sie möchten recht haben, wo Sie nicht recht haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben seinerzeit für den Haushalt 1996 gesagt: Er fährt an die Wand, das ist eine katastrophale Haushaltsgestaltung. Sie mußten dann erleben, daß dieser Haushalt 1996 punktgenau abschloß.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weil Sie eine Haushaltssperre gemacht haben!)

- Ja, natürlich. Aber Sie hatten doch gesagt: Der Haushalt wird vor die Wand gefahren.

In einer solchen Situation, Herr Kollege, von minus 1,8 Milliarden DM - und da komme ich zu den entscheidenden Punkten - ist sofortiges und entschlossenes Handeln erforderlich. Das setzt voraus: erstens eine handlungsfähige Regierung und zweitens eine handlungsfähige Parlamentsmehrheit. Beides haben wir im Land Nordrhein-Westfalen, und das ist gut für unser Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber wir haben es nicht in Bonn, und das ist schlimm für unser Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich nehme ohne jede Schadenfreude zur Kenntnis, was in den Zeitungen über die Situation in Bonn steht. Aber Sie haben doch wohl in Erinnerung, daß das "Handelsblatt" davon spricht, daß sich die Chaostage in Bonn über Wochen hinziehen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist doch reine Ablenkung von Ihnen!)

- Das ist keine Ablenkung. Denn das Land Nordrhein-Westfalen wie auch der Bund sind in einer solchen Situation - sie sind es immer, aber in einer solchen Situation ganz besonders - auf Handlungsfähigkeit der Parlamentsmehrheiten

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

(A) und der Regierungen angewiesen. Wir stellen die Handlungsfähigkeit unter Beweis.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gilt für den Finanzminister, für die Regierung und für die Koalition hier im Landtag.

Ich will Ihnen die Ziele dabei nennen: Es kommt uns erstens darauf an, in jedem Fall einen ausgeglichenen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Zweitens geht es darum: Wir wollen in jedem Fall die Verfassungsgrenze einhalten. Drittens: Wir wollen unter keinen Umständen die Nettokredit-ermächtigung erhöhen. Viertens: Wir wollen schnell entscheiden, unverzüglich.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Und fünftens: Im Gegensatz zu Bonn wollen wir unseren Finanzminister behalten! - Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- So ist es!

Ich will begründen, warum wir schnell und unverzüglich entscheiden wollen. Wir wollen schnell und unverzüglich entscheiden, damit auch unter erheblich schlechteren finanziellen Bedingungen die Landesregierung auf der Grundlage eines Haushaltsgesetzes wieder aktiv werden kann. Denn das Land braucht die Gestaltung durch Verwaltungshandeln auch unter erheblich eingeschränkten Bedingungen so schnell wie möglich.

(B)

Der Kollege hatte davon gesprochen: Wir müssen den Strukturwandel vorwärtsbringen. Er hat ja völlig recht. Das heißt aber gleichzeitig, daß wir sobald wie möglich den Haushalt verabschieden müssen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Trinius, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen?

Reinhold Trinius (SPD): Ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Trinius, teilen Sie die Ansicht, daß wir den Nachtragshaushalt nicht aus Zeitgründen nicht titelscharf vorgelegt bekommen, sondern daß wir ihn deshalb nicht titelscharf vorgelegt bekommen, weil Sie im letzten halben Jahr, als Sie schon wußten,

daß Sie einen Nachtrag machen mußten, im Finanzministerium die Zeit nicht optimal genutzt haben? Sonst hätten Sie das heute schon alles sehr präzise darlegen können.

(C)

Reinhold Trinius (SPD): Herr Kollege Linssen, Sie arbeiten mit Unterstellungen. Der Finanzminister darf - darauf zielt das ja ab - an Kürzungen, an Einschränkungen usw. nur heran, wenn er wirklich einen begründeten Anlaß dafür hat. Da will ich Ihnen sagen: Im Mai, als er die Vorlaufdaten hatte

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- ich bin bei der Handlungsfähigkeit -, hat er am 13. Mai die haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt. Übrigens ist die haushaltswirtschaftliche Sperre in Bonn, wo die Schätzungen zur selben Zeit eingehen, für den Bundeshaushalt mit über vier Wochen Verzögerung beschlossen worden. Der Finanzminister in Bonn hätte gut daran getan, ebenfalls um den 13., 14., 15. Mai herum diese Sperre zu verhängen.

Nun will ich Ihnen sagen, was die Sperre beinhaltet. Eine solche Sperre - das ist der Kernsatz - lautet: Ausgaben, für die eine Rechtspflicht nicht besteht, bedürfen der Einwilligung des Finanzministers. Das ist so umfassend, wie es umfassender überhaupt nicht geht. Aber es ist durch die Landeshaushaltsordnung gedeckt.

Die Landesregierung hat sich darüber hinaus als handlungsfähig erwiesen. Schon am 3. Juni beschließt sie den Nachtragshaushalt. Das sind gut 14 Tage nach der Steuerschätzung. Wie dieser Nachtragshaushalt aussieht, ist hier dargelegt worden.

Nun will ich zu den Punkten 500 Millionen DM globale Minderausgabe, 500 Millionen DM Veräußerungen und 250 Millionen DM bei den Kommunen gern etwas sagen.

Die globale Minderausgabe allein reichte nicht aus. Es mußten weitere Maßnahmen ergriffen werden. Von der Absetzung bei den Zinsen haben Sie gesprochen. Wir müssen leider auch in das GFG hinein, also die Gemeinden beteiligen, und wir müssen Veräußerungsmöglichkeiten eröffnen.

Die globale Minderausgabe liegt jetzt insgesamt knapp unter 1 Milliarde DM. Sie können hier nicht daran vorbeireden: Sie hatten geglaubt, einen Antrag stellen zu dürfen, der eine globale Minder-

(D)

(Trinius [SPD])

- (A) ausgabe von 1,6 Milliarden DM im Haushalt 1994 bedeutet hätte. Das war Ihr Antrag, so wollten Sie decken.

Ich will Ihnen noch einige weitere Punkte nennen. Die globale Minderausgabe, mit der Sie Ausgabenerhöhungen decken wollten, wird hier nicht verwendet, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren.

Es gibt keine Fraktion, die mit Begehrlichkeiten an den Nachtragshaushalt heranginge, sondern es geht ausschließlich darum, die Ziele zu erreichen, die ich eben genannt habe: keine Erhöhung der Nettokreditermächtigung, Einhaltung der Verfassungsgrenze, um möglichst bald wieder gestaltend in diesem Lande tätig werden zu können. Nur darum geht es.

Diese globale Minderausgabe ist nicht beim Finanzminister veranschlagt, sondern sie wird den einzelnen Ressorts zugewiesen. Wenn wir das so beschließen, wird sie ein Gesetzesbefehl des Nachtragshaushaltsgebers an einzelne Ressorts sein. Der Gesetzgeber erklärt im Falle des Wirtschaftsministers: Der Wirtschaftsminister hat von den bisher bewilligten Mitteln zusätzlich 122 Millionen DM einzusparen.

- (B) Das ist der Grad an Spezialisierung der Bestimmung, der uns in dieser Situation möglich ist. Wer es noch präziser, ganz präzise, haben will, muß in Beratungen einsteigen. Dann wird der Haushalt wie bei ordentlichen Haushaltsberatungen in einem Vierteljahr verabschiedet. Wenn der Nachtragshaushalt jetzt nicht nach dieser Maßgabe verabschiedet wird, dann ist die Fortdauer der bloßen haushaltswirtschaftlichen Sperre die Alternative.

Die Alternative lautet also: Soll nur die Landesregierung, der Finanzminister, handeln, oder soll der Landtag beschließen, wie es gemacht werden soll? Dazu habe ich Ihnen gesagt, daß die Spezifizierung, die uns möglich und auch zumutbar ist, eine Spezifizierung auf die Einzelpläne ist.

Zur Zulässigkeit der Veräußerung von Beteiligungen sagten Sie, daß dies am Parlament vorbei geschehe. Wenn Sie den Nachtragshaushaltsplan aufschlagen, finden Sie auf Seite 95 jede einzelne Beteiligung auf der linken Seite, im Dispositiv, genau ausgewiesen. Wenn Sie als CDU es anders haben wollen, müssen Sie zu diesem Dispositiv Anträge stellen.

Das Dispositiv bindet. Der Landtag ist also voll beteiligt, und wenn er beschließt, wie dort vor-

geschlagen, dann werden die dort genannten Vermögensgegenstände des Landes Nordrhein-Westfalen an eine Gesellschaft privaten Rechts übereignet. Das ist alles. Das ist zulässig. Das Parlament ist voll beteiligt, und alles, was Sie in diesem Zusammenhang vorgetragen haben, zielt nur darauf ab, Handlungsunfähigkeit des Parlamentes zu bewirken. Das ist doch Ihre Absicht!

(Helmut Diegel [CDU]: Sie wollen den Knatsch mit den GRÜNEN vermeiden!)

Nun noch ein Satz zur Tauglichkeit dieses Instruments der Bildung einer Beteiligungsgesellschaft: Wenn Sie innerhalb einer bestimmten Frist gezwungen sind, Vermögen zu veräußern, weil Sie etwas finanzieren müssen, dann besteht immer die Gefahr, daß Sie unter Wert verkaufen.

(Minister Heinz Schleußer: Das wollen wir nicht!)

Die Konstruktion der Beteiligungsgesellschaft erlaubt es, daß wir einen Erlös im Haushalt einstellen und die Gesellschaft als private GmbH und hundertprozentige Tochter des Landes Nordrhein-Westfalen zu einem Zeitpunkt veräußert, zu dem der bestmögliche Erlös zu erzielen ist.

Es ist eine zulässige Regelung, das Parlament ist voll beteiligt, und das Instrument, das gewählt worden ist, ist auch tauglich und kann das erbringen, was wir erhoffen und erwarten.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Trinius, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen?

Reinhold Trinius (SPD): Aber gerne.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Trinius, Sie haben gerade als einen Grund für die Beteiligungsgesellschaft angeführt, daß dann der Verkauf zu einem optimalen Zeitpunkt erfolgen könne. Würden Sie mir beipflichten, daß dies für den Flughafen Düsseldorf nicht gilt und es deshalb keinen Grund gibt, diesen Flughafen in die Beteiligungsgesellschaft einzubringen?

(A) **Reinhold Trinius (SPD):** Meinen Sie denn, wir wollten den Flughafen Düsseldorf verscherbeln, wenn er verkauft würde? Auch da wollen wir doch wohl ...

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber es ist doch dann September, das geht doch los!)

... in jedem Fall das bestmögliche Ergebnis erzielen. Das kann doch überhaupt keine Frage sein.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Da hat doch der Wirtschaftsminister etwas ganz anderes gesagt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Recht hat Kollege Diegel auf die Situation der Wirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU - Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Darf ich darum bitten, daß möglichst nur jeweils einer zur gleichen Zeit redet! - Herr Trinius, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Matthiesen?

Reinhold Trinius (SPD): Ja.

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Kollege Trinius, Ihre Antwort hat offenbar zu einem Mißverständnis bei der CDU-Fraktion geführt, das bei der CDU-Fraktion vielleicht ganz unnötig politische Überlegungen auslösen könnte. Stimmen Sie mir zu, daß Ihre Bemerkung, "in jedem Falle das bestmögliche Ergebnis für den Flughafen Düsseldorf zu erzielen", natürlich immer im Zusammenhang mit dem damit verbundenen Landesinteresse zu sehen ist?

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Reinhold Trinius (SPD): Das ist überhaupt keine Frage und kann auch gar nicht anders sein.

Zum Schluß hat Herr Kollege Diegel auf die Situation der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

Herr Kollege Diegel, Sie machen sich die Sache viel zu einfach.

(Zurufe von der CDU)

Ihr Urteil über die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist einfach unzutreffend. Ich empfehle Ihnen, von diesen globalen Aussagen über die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen insgesamt Abstand zu nehmen. Die wirtschaftliche Lage ist von Branche zu Branche ganz unterschiedlich.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Nein. Ich rate Ihnen: Lesen Sie einmal die Analyse der Landeszentralbank zur Lage der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, insbesondere den Branchenbericht. Sie werden dabei erstaunliche Entdeckungen machen.

Da werden Sie feststellen, daß es Branchen in Nordrhein-Westfalen gibt - dazu gehört die Elektrotechnik, dazu gehört die Metallurgie -, die im Unterschied zu denselben Branchen in der ganzen Bundesrepublik erheblichen Zuwachs haben. Es gibt Branchen - die kennen wir -, die haben es außerordentlich schwer. Ich will auf eine weitere Branche hinweisen, nämlich die Bauwirtschaft. Die Bauwirtschaft steht in Nordrhein-Westfalen besser da als in anderen Bundesländern. Die hat damit zu tun, daß wir in Nordrhein-Westfalen eine sehr, sehr stetige Landesförderung im Wohnungsbau haben. Das gibt es anderswo nicht.

Ich bitte Sie: Schlagen Sie eine solche Analyse nach Branchen in Nordrhein-Westfalen einmal auf und schauen Sie sich diese genau an! Dann werden Sie feststellen, welche hervorragende Rolle die Chemie spielt. Sie werden auch feststellen, wie sich alles, was mit der Steinkohle zu tun hat, auf das Bruttosozialprodukt in Nordrhein-Westfalen insgesamt auswirkt.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Trinius!

Reinhold Trinius (SPD): Ja!

Wenn Sie das zur Kenntnis genommen haben, können Sie darüber nachdenken, wo wirksam mit Strukturpolitik und Strukturhilfen angesetzt werden kann. Wenn Sie wünschen, daß wir die Effizienz von Programmen prüfen, wenn Sie das für erforderlich halten, was auch ich in der Tat für

(Trinius [SPD])

- (A) erforderlich halte, woran aber die Landesregierung schon lange arbeitet, daß wir unsere Programme, die wir haben, so bündeln, daß sie effizienter wirken können, dann sollten wir das im Land tun, sobald es geht.

Wir legen Wert darauf, daß dieser Nachtragshaushalt so schnell wie möglich verabschiedet wird. Es gibt einen Satz - das kann ich mir nicht verkneifen -, den Sie zum Schluß angebracht haben, Herr Kollege: Sie sprachen vom "Misthaufen". Dazu kann ich nur sagen: Blicken Sie auf Bonn! Der Misthaufen dort, der stinkt zum Himmel!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich versuche es noch einmal: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dautzenberg?

Reinhold Trinius (SPD): Nein, jetzt nicht mehr.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Tut mir leid.

- (B) **Reinhold Trinius (SPD):** Es gibt einen Satz, den ich allerdings nicht teile. Es gibt Leute, die sagen: "Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient."

(Heiterkeit bei der CDU)

Diese Regierung in Bonn hat das deutsche Volk wirklich nicht verdient.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung und eine Parlamentsmehrheit, die dem Volk dienen wollen und das Wohl des Volkes im Auge haben

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und als Regierung und als Koalition im Landtag ihre Handlungsfähigkeit beweisen, während in Bonn bis jetzt überhaupt noch nichts geschehen ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Herrn Dr. Bajohr das Wort.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):

(C)

(Zurufe - Der Redner zögert einen Moment.
- Klaus Matthiesen [SPD]: Nun mal los! - Heiterkeit)

- Das ist schön, daß Herr Matthiesen es nicht abwarten kann.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Matthiesen! Die Situation des Landeshaushaltes ist ernst. Daran gibt es nichts zu deuteln, daran gibt es nichts zu beschönigen. Die Steuereinnahmen des Landes sind noch weiter abgerutscht, als es vorausgesehen war.

(Zustimmung des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Das können Sie lange bestreiten, Herr Dr. Linssen. Es ist so.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, ehrlich, ich gratuliere zu dieser Erkenntnis!)

Die neuesten Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzung" melden Mindereinnahmen für den Landeshaushalt in Höhe von 1,8 Milliarden DM. Das ist mehrfach gesagt worden. Jeder weiß, daß diese Summe nicht einfach so im Haushaltsvollzug weggesteckt werden kann.

(D)

Bereits der Rückgang der Steuereinnahmen im ersten Quartal dieses Jahres ließ Schlimmes befürchten. Nordrhein-Westfalen mußte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Minus von 6,4 % hinnehmen. In Erwartung weiterer tiefer Einnahmelöcher hat dann der Finanzminister am 13. Mai die haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen.

Der Entwurf der Landesregierung, der Ihnen jetzt vorliegt, konzentriert sich auf Sparmaßnahmen einerseits und Verbesserungen der Einnahmen andererseits. Es wird nichts Neues mehr begonnen. Wir erleben keinen Aufbruch, keinen Reformschub, und dennoch können BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Entwurf im wesentlichen mittragen. Wir unterstützen das Anliegen der Landesregierung, zum Jahresende einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wir unterstützen die Landesregierung dabei, die Schuldenaufnahme nicht weiter anzuheben. Wir unterstützen

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) die Landesregierung in ihrem Willen, einzusparen, ohne kahlzuschlagen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Jetzt fehlt nur noch ein Satz: "Wir unterstützen immer die Landesregierung!")

- Herr Matthiesen, wenn Sie reden möchten, machen Sie das, aber lassen Sie mich diesen Satz nicht sprechen.

Wie ist es eigentlich zu dieser Situation gekommen? Die öffentlichen Haushalte sind in diese Lage, in der wir uns heute befinden, deshalb geraten, weil seit bald 15 Jahren eine verantwortungslose Politik in Bonn die Austrocknung staatlicher und kommunaler Kassen betreibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat Steuersenkungen gegeben, es hat Abschreibungserleichterungen gegeben, es hat Steuerstreichungen gegeben. Damit erreichten Ihre politischen Freunde, Herr Dr. Linssen, in Bonn genau das, worauf sie seit ihrer Amtsübernahme im Jahre 1982 hingearbeitet haben, nämlich die Bereicherung der Reichen und der Unternehmen, den armen Staat, der den Interessenausgleich nicht mehr herstellen kann, und eine Entsolidarisierung der Gesellschaft, in der die Schwachen auf ihr individuelles Leistungsvermögen zurückgeworfen werden.

(B)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Das, was an Steuern überhaupt noch hereinkommt, stammt immer weniger aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen. Statt dessen finanzieren die Armen und die Geringverdienenden ihre Sozialleistungen fast selbst, und den Rest der Staatsausgaben trägt zum allergrößten Teil die mittlere Einkommenschicht.

Weil ich weiß, daß die CDU das bestreitet, würde ich sie gerne einmal mit den offiziellen Zahlen aus Nordrhein-Westfalen konfrontieren. Diese Zahlen belegen, Herr Dr. Linssen, daß die Unternehmen und die Millionäre - also Ihre Klientel -

(Regina van Dinther [CDU]: Was?)

den Staat und die Kommunen kaum noch mitfinanzieren.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das kann nicht sein. Die hatten 32 %. So viele Millionäre gibt es doch nicht! - Heiterkeit)

Der Beitrag der Unternehmen zum Gesamtsteueraufkommen ist dramatisch abgesackt.

Erstens: Seit 1980 hat sich der Anteil der Körperschaftsteuern mehr als halbiert. Statt 4,7 % sind es nur noch 2,2 %.

Zweitens: Der Anteil der Gewerbesteuern ist von 6,6 % auf 5,3 % gesunken.

Drittens: Der Beitrag der veranlagten Einkommensteuer ist von 10,5 % auf 2,8 % abgestürzt.

Viertens verlief auch das anteilige Aufkommen aus der Vermögensteuer negativ. 1995 trug die Vermögensteuer nur noch mit 1 % zum Gesamsteueraufkommen bei. Heute wird diese Steuer überhaupt nicht mehr erhoben.

Statt dessen wird bei den kleinen und mittleren Einkommen kräftig abkassiert. Das Lohnsteueraufkommen nahm von 1980 bis 1995 um 113 % zu. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer stiegen um 258 %, und - letztes Beispiel - das Tabaksteueraufkommen wuchs um 363 %.

Diese Umverteilungspolitik ist die eigentliche Ursache für das finanzielle Desaster der Bundesrepublik. Hinzu kommt, daß 8 Millionen Arbeitsplätze fehlen und daß 4,3 Millionen Menschen gehindert sind, Lohnsteuern zu zahlen, weil sie keine Arbeit haben. Neuerdings sackt deshalb sogar das Lohnsteueraufkommen ab.

Es ist Unsinn zu meinen, die Bundesregierung habe in den letzten Jahren einfach Pech gehabt. Wirtschaftlich sei es eben nicht so gelaufen, aber im Prinzip seien die Schwierigkeiten überwindbar, wenn nur eben, bitte schön, diese einmal begonnene Austrocknung der öffentlichen Kassen durch weitere Steuersenkungen konsequent fortgesetzt werde.

Ich frage Sie von der CDU: Wie lange wollen Sie uns diese Steuersenkungslüge eigentlich noch zumuten?

Jedes halbe Jahr präsentiert der Bundeswirtschaftsminister geschönte Prognosen über die konjunkturelle Entwicklung, und jedes halbe Jahr baut der Bundesfinanzminister darauf seine Einnahmeerwartungen auf, während gleichzeitig die Bundesregierung als Organ insgesamt die Operation "Steuernachlaß für Millionäre" betreibt.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie sich so ungern an die Tatsachen erinnern, auch hier ein wenig Auffrischung: Im Herbst 1995 meldete der Arbeitskreis "Steuer-schätzung" Einnahmeausfälle von 61 Milliar-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) den DM. Theo Waigels Kommentar - hören Sie gut zu! -:

"Die Einnahmeverluste stellen die weitere Gesundung der öffentlichen Finanzen nicht in Frage."

Im Mai 1996 gab der Arbeitskreis "Steuerschätzung" bekannt, daß noch einmal 88 Milliarden DM fehlen werden. Theo Waigels Kommentar:

"Für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ergibt sich keine neue Lage."

(Helmut Diegel [CDU]: Und was sagt Herr Schleißer?)

- Wir reden nicht über Herrn Schleißer, sondern wir reden über den Chaosminister Waigel.

Im vergangenen Herbst meldete der Arbeitskreis "Steuerschätzung", daß 1996 noch einmal 5 Milliarden DM und 1997 zusätzlich 10 Milliarden DM fehlen werden. Theo Waigel erklimmte damals den Gipfel der Unverschämtheit, indem er die Länder und Kommunen anprangerte, sie müßten jetzt ihre Haushalte konsolidieren.

(B) Jetzt wird der vierte Akt in diesem Trauerspiel aufgeführt. Der Arbeitskreis "Steuerschätzung" muß die Daten abermals korrigieren - natürlich wieder nach unten. Insgesamt fehlen in diesem Jahr 18 Milliarden DM. Die Länder sind davon mit 6,9 Milliarden DM betroffen. Für 1998 erwarten die Schätzer zusätzliche Ausfälle bei allen Gebietskörperschaften in Höhe von 31 Milliarden DM. 1999 werden mindestens 32 Milliarden DM fehlen. Im Jahr 2000 werden es rund 37 Milliarden DM sein. Als dieses Desaster bekannt wurde, ist Theo Waigel erst einmal abgetaucht.

Nach seiner Rückkehr behauptete er, es ergebe sich - wiederum - Zitat - "keine grundsätzlich andere Beurteilung".

Man fragt sich, ob dieser Mensch seine Lernfähigkeit völlig verloren hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer die öffentlichen Finanzen auf solide Füße stellen will, der muß erstens die jetzige Bundesregierung bei den nächsten Wahlen nach Hause schicken. Zweitens muß endlich der Kampf gegen die Schande der Massenerwerbslosigkeit eröffnet werden, gegebenenfalls auch durch den Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Es müssen drittens die dafür notwendigen Steu-

(C) ereinnahmen beschafft werden, zum Beispiel durch eine ökologisch-soziale Steuerreform und die Erhebung einer Beschäftigungsabgabe.

Steuerquellen sprudeln nämlich nicht, wenn man Steuern senkt. Steuern bekommt man nur dann herein, wenn man bei denen entschlossen zupackt, die sich gegenwärtig mit allen Mitteln davor drücken, dem Staat zu geben, was des Staates ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer hierzulande Gewinne erzielt, muß auch dazu gebracht werden, hier seine Steuern zu entrichten. Ich zitiere aus der gemeinsamen Erklärung des Rats der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage:

"Nur ein finanziell leistungsfähiger Staat kann als Sozialstaat funktionieren. Wird im Blick auf das Vermögen die Substanz- und Besitzstandswahrung für unantastbar erklärt, dann ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums eingeschränkt oder sogar aufgehoben."

Weiter heißt es bei den Bischöfen:

"Auch Reichtum muß ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluß auf der anderen Seite geschont wird." (D)

Das sollten Sie sich als eine Partei, die sich ein C vorweggesetzt hat, wirklich hinter die Ohren schreiben.

(Zuruf von der CDU)

- Ich habe zitiert. Sie sollten sich dann mit den deutschen Bischöfen und nicht mit mir streiten.

Deshalb braucht Deutschland eine Vermögenssteuer; es braucht eine Vermögensabgabe für Superreiche; es braucht eine Devisenumsatz- und eine Transaktionssteuer. Es braucht eine Einkommensteuerreform, die bei denen da oben schärfer zufaßt, damit die hier unten entlastet werden können.

Leider sind die Mehrheitsverhältnisse in Bonn gegenwärtig noch so, wie sie sind. Deshalb müssen wir im Land Lösungen für eine konkrete Situation, in der wir jetzt stehen, finden. Das Land besitzt nicht die Kompetenz zur Einführung von Steuern oder zur Anhebung von Steuersätzen. Das Land darf kein Geld drucken, und wir haben uns auch entschlossen, keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Unter diesen Rahmenbedingungen beweist der Entwurf des Nachtragshaushalts die Funktionsfähigkeit von Rot-Grün. Es gibt Meinungsverschiedenheiten in dieser Koalition

(Klaus Matthiesen [SPD]: Aber wenig!)

- genau, wenige, das wollte ich auch gerade sagen, Herr Kollege Matthiesen -, aber diese wenigen sind bekannt. Um die brauchen wir auch nicht herumzureden. Wenn es aber - das ist das Entscheidende - darum geht, das Land vor Schaden zu bewahren, der von Bonn ausgeht, steht diese Koalition zusammen, so hoffe ich.

Denn eines wollen wir wirklich nicht: Wir wollen nicht, daß es Hasardeuren gelingt, all das kaputtzumachen, was die Menschen in diesem Land in Jahrzehnten aufgebaut haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CDU hatte in der Nähe des Landtags ein Plakat aufgehängt - ich weiß nicht, ob es immer noch hängt -, und zwar in den Farben rot und grün. Darauf stand: STOP 'N GO. Das sollte uns wohl irgendwie kritisieren. Ich verstehe das ganz anders, und dann stimmt es übrigens auch: Rot-Grün stoppt die CDU und schreitet auf dem eingeschlagenen Reformkurs voran. - Vielen Dank für das Plakat.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Reformpolitik wird durch den Nachtragshaushalt nicht ernsthaft gefährdet. Die Einschnitte, die vorgenommen werden müssen, sind zum Teil sicher schwer verkraftbar, aber sie können bei kreativer Anwendung ohne Substanzverlust vollzogen werden. Das gilt vor allem für die globale Minderausgabe von 500 Millionen DM, die ja von der CDU stark kritisiert wurde.

Das Arbeitsministerium ist mit 103,5 Millionen DM sicher besonders betroffen, und zwar deshalb, weil dessen Einzelplan jetzt schon eine globale Minderausgabe in Höhe von 167 Millionen DM kennt. Wir gehen trotzdem davon aus, daß Maßnahmen für Arbeitslose oder für Menschen, die unmittelbar von Erwerbslosigkeit betroffen sind, ebensowenig gekürzt werden wie unverzichtbare soziale Hilfen. Es ist nunmehr Aufgabe des Sozialministers, den Prozeß so zu steuern, daß es eben nicht zu Verwerfungen in der sozialen Landschaft kommt, daß es nicht zu Kürzungen bei der Ausführung des Landesaltensplans oder bei der Jugendhilfe kommt. Wir erwarten,

daß Mittel für den Arbeitsmarkt unvermindert bereitgestellt werden. (C)

(Beifall des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Obwohl nominal mit 122,5 Millionen DM globaler Minderausgabe noch höher belastet, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Wirtschafts- und Verkehrsministerium durchaus gute Chancen, das Sparziel ohne schmerzliche Einschnitte zu erreichen. Gestaltungsspielräume bestehen ja nicht nur bei den Technologieprogrammen "Wirtschaft" und "Bergbau", sondern auch bei den Planungskosten für die Bundesfernstraßen und beim Neubau von Landesstraßen. Da zeigt sich gerade beim MWMTV in sehr erfreulicher Weise, daß finanzielle Engpässe auch ihre guten Seiten haben können.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das sind Wunschträume!)

- Das danken wir doch dem Herrn Finanzminister!

Schwierig wird die Situation sicher für die Gemeinden, denn auch sie werden von den Einnahmeausfällen bei den Gemeinschaftsteuern betroffen. Mein Kollege Groth wird darüber im einzelnen sprechen. Wir meinen, daß es keine andere Lösung gibt, als 250 Millionen DM jetzt auf die kommunalen Haushalte durchschlagen zu lassen, weil eine Kreditierung nur eine Verschiebung der Rechnung in die Zukunft wäre. Die Verteilung von 50 Millionen DM auf Investitionen und 200 Millionen DM auf die Schlüsselzuweisungen hilft uns, die Investitionsquote des Gesamthaushalts so zu belassen, daß die Nettoneuverschuldung verfassungsrechtlich abgedeckt ist. (D)

Echte Einsparungen, die auf niemandes Kosten gehen, erwirtschaftet die Koalition bei den Personalausgaben, die infolge maßvoller Tarifergebnisse nicht so stark steigen wie angenommen. Auch die Zinslast für aufgenommene Kredite fällt wegen der gegenwärtig niedrigen Zinsen nicht so hoch aus, wie im Haushaltsplan angesetzt. Dadurch können fast 700 Millionen DM an Sparleistung erbracht werden.

In Nordrhein-Westfalen ist der Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht. Wie sieht es eigentlich in Bonn aus, Herr Linssen? - Er hört gar nicht mehr zu. Wahrscheinlich ist das Desaster in Bonn so groß. - In Bonn hat Ihr famoser Finanzminister inzwischen versucht, sich als "Goldfinger" zu betätigen, weil ihm der Bundeshaushalt völlig außer Kontrolle geraten ist. Jeder Kioskbesitzer hätte in Waigels Lage längst dichtmachen müs-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) sen. Und jeder Autoverkäufer hätte mit Theo Waigels Art von Garantieverprechen eine Unzahl von Zivilklagen am Hals. Vielleicht würde er sogar wegen Betrugs aus dem Verkehr gezogen. Solch einem Vabanquepolitiker wie Herrn Waigel muß der Zugriff auf den Goldschatz der Bundesrepublik verwehrt bleiben.

Wir begrüßen es, daß ihm der Zentralbankrat

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist ein ganz anderes Thema! Sie wollen doch sachverständig sein!)

die Grenzen des Zumutbaren gezeigt hat. Herr Linssen, wenn Herr Waigel behauptet, die Goldbestände bloß neu bewerten zu wollen - Sie wissen, daß das ein Bruch mit den guten Traditionen der Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist -, dann dürfen wir sicher sein, daß er diese Bestände plündern will!

Erinnern Sie sich doch einmal an Herrn Waigels hochnäsige Vorhalte gegenüber Italien. Da hat er sich doch großkotzig hingestellt und wollte den Italienern Lehren erteilen. Inzwischen ist er so sehr heruntergekommen, daß ihm der italienische Außenminister "Buchhaltungstricks" vorwerfen muß. Damit aber steht Lamberto Dini ja nicht alleine.

- (B) (Dr. Helmut Linssen [CDU]: Schuster, bleib bei deinem Leisten!)

Auch der stellvertretende Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft hat den Bundesfinanzminister beschuldigt, "Tricks eines Buchhalters" anzuwenden. Der Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nannte die Vorhaben des Herrn Waigel "unsolid" und "peinlich gegenüber den anderen Europäern".

(Weitere Zurufe des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Der Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle bezeichnete Herrn Waigels Pläne als "Luftnummern". Die Deutsche Bundesbank sprach von einer Einbuße an Vertrauen in die Stabilität. Auch der niederländische Finanzminister zeigte sich über Waigels Pläne bestürzt.

(Lothar Hegemann [CDU]: Gleich kommt er mit Winnie Mandela!)

- Das sind alles Ihre Freunde, die jetzt kommen! Der Bundesverband Deutscher Banken rät ebenso von Waigels Manöver ab wie der Bundesverband

der Deutschen Industrie. Das sind Ihre Freunde. Sie sollten sich überlegen, ob Sie sich mit diesem Mann überhaupt noch irgendwo zeigen können. Aus unserer Sicht jedenfalls ist es höchste Zeit für einen Rücktritt dieses Pleiteministers. (C)

Denn es gibt noch eine zweite Debatte, die dieser Mann nicht im Griff hat, und das ist die, die auf Nordrhein-Westfalen erheblich durchschlägt, nämlich der Steuerstreit in der Bonner Koalition. Die F.D.P. hat sich gegen Steuererhöhungen festgelegt. F.D.P., CDU und CSU wollen die Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag kippen. Dann würde aber noch mehr Geld fehlen, und sie hätten vielleicht gar kein Geld mehr für den Transrapid und den Eurofighter. Weil das natürlich nicht sein soll, will der Herr Finanzminister dann doch wieder die Steuern erhöhen. Dabei denkt er an die Mehrwertsteuer, er denkt an die Mineralölsteuer. Dadurch kommt ein völliges Chaos in Bonn zusammen. Jeder trötet in ein anderes Horn. Niemand weiß, wie es weitergehen soll. Selbst das "Handelsblatt" - vorhin hatten Sie ja auch schon Einwände gegen das "Handelsblatt", aber ich will es trotzdem zitieren - spricht von einer "mit Händen zu greifenden Konzeptionslosigkeit". Und es warnt: "Finanzminister müssen gefürchtet werden, nicht verspottet". - Das ist die Lage, in die uns Ihre politischen Freunde in Bonn gebracht haben. (D)

Angesichts dessen würde ich als Opposition hier in Düsseldorf entweder den Mund halten

(Minister Dr. Michael Vesper: Sehr richtig!)

oder neidlos anerkennen, daß und wie die Landesregierung hier handelt.

Noch vor einigen Monaten wollten Sie uns, Kollege Diegel, eine Bestimmung in die Landesverfassung hineindrücken, mit der die Nettokreditermächtigung auf 3 Promille des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden sollte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 3 Promille!)

- 3 Promille! - Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß der Landeshaushalt trotz der immensen Schwierigkeiten durch diesen Nachtragshaushalt nicht mit weiteren Schulden belastet wird. Nordrhein-Westfalen hält die Kriterien von Maastricht ein, unabhängig davon, auf welchen Berechnungsmodus man sich letztendlich zwischen Bonn und den Ländern einigt.

(Beifall des Dr. Manfred Busch [GRÜNE] und des Ewald Groth [GRÜNE])

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Wer gegenwärtig das Tor für neue Schulden weit öffnet, sind in Bonn die F.D.P. und Ihr CSU-Finanzminister.

Schwer hinzunehmen ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - ich denke, das gilt ebenso für den Koalitionspartner - die Notwendigkeit des Verkaufs von Landesbeteiligungen, aber nicht deshalb, weil wir prinzipiell etwas gegen die Veräußerung beispielsweise der Lufthansa-Aktien einzuwenden hätten; im Gegenteil: Die Lufthansa ist ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, und wir denken, daß sie sich auch ohne staatliches Miteigentum auf dem Luftverkehrsmarkt wird behaupten können.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das glauben wir auch!)

Was uns aber wirklich wehtut, ist die Tatsache, daß der Verkaufserlös zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden muß.

(Beifall bei der CDU)

- Da brauchen Sie nicht Beifall zu klatschen;

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir klatschen, weil wir das auch gesagt haben!)

- (B) das ist die Situation, die Sie in Bonn herbeigeführt haben. Ich schildere nur eine Situation, in die wir hineinkommen, und eine Not, aus der heraus wir handeln. Wenn man verkauft und die Finanzlage, wie zu befürchten ist, wenn Ihre Regierung noch bis 1998 dran bleiben sollte - man hofft ja nun, daß sie auseinanderbricht -

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Da haben Sie berechtigteren Anlaß!)

noch düsterer wird, bleiben in den nächsten Jahren nur schmerzliche Kürzungen, weil uns die Situation, von Bonn kommend, trifft, oder wir müßten zusätzliche Schulden aufnehmen, was wir nicht tun wollen. Aber es ist eine Gefahr, vor der wir die Augen nicht verschließen können.

Uns wäre es lieber, wenn die Erlöse aus Veräußerungen von Landesbeteiligungen dazu verwendet werden könnten, die strukturpolitische Erneuerung zu finanzieren. Aber wir stimmen ausdrücklich dem Vorhaben zu, 300 Millionen DM durch die Veräußerung von Landesbeteiligungen erwirtschaften zu wollen. Wir tun das, weil es keine andere Möglichkeit gibt, ohne die Aufnahme weiterer Kredite auszukommen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weiter sparen! Weg mit den grünen Spielwiesen!)

einen generellen Einstellungsstopp zu verhindern und die beschlossene Reformpolitik fortzuführen. (C)

(Helmut Diegel [CDU]: Ist das Reformpolitik?)

Wir stimmen daher zu, daß die Beteiligungen des Landes in eine Beteiligungsverwaltungsgesellschaft überführt werden. Aber - Sie werden aufmerksam, Herr Matthiesen - die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dürfen dennoch nicht ohne weiteres verkauft werden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Jetzt wird's interessant!)

Die SPD hat zugesagt, daß die Bemühungen der Landesregierung um den Verkauf der Flughafenanteile von den Spitzen der beiden Koalitionspartner begleitet werden. Eine Veräußerung bedarf der vorherigen Verständigung und einer Kabinettsentscheidung. Sie kann aus wichtigen Gründen unterbleiben. Insofern sind die anstehenden Prüfungen ergebnisoffen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Früher tratet ihr noch für die Rechte des Parlaments ein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie wissen, daß unser Ja zu diesem Kompromiß in der Fraktion äußerst knapp ausgefallen ist. (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das kann man wohl sagen! Ihr laßt euch ganz schön über den Tisch ziehen!)

- Wir haben wenigstens demokratische Entscheidungen, Herr Linssen. Das hat nichts mit "über den Tisch ziehen" zu tun. Aber ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, im weiteren Verfahren, auf das man sich verständigt hat, nicht mit Tricks zu arbeiten,

(Zuruf von der SPD: Was soll das denn?)

sondern Kollegialität und Sensibilität walten zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Erwartet ihr denn Tricks bei denen?)

Wir räumen ein, daß der Verkauf der Flughafenanteile unter finanzpolitischen Gesichtspunkten attraktiv ist. Wir räumen ferner ein, daß es ordnungspolitisch geradezu erwünscht sein könnte, durch den Verkauf der Landesbeteiligungen an den Flughäfen endlich zu einer ordentlichen Trennung von Antragsteller und Genehmigungsbehör-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) de zu kommen, wenn es um Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren geht.

Wenn wir uns dennoch gegen eine Veräußerung der beiden Flughäfen aussprechen, dann geschieht das, weil der Verkauf unserer Befürchtung nach den weiteren Ausbau der Flughäfen forcieren könnte; denn zwei Dinge sind unstrittig:

(Lothar Hegemann [CDU]: Herr Matthiesen hat eine Zwischenfrage!)

Erstens. Es ist unstrittig, daß sich die Koalitionsparteien darauf verständigt haben, "luftverkehrsdämpfende Maßnahmen" einzuleiten.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Zweitens. Es ist unstrittig, daß der Luftverkehr erhebliche Mengen des treibhauswirksamen Kohlendioxids emittiert und daß die Landesregierung das Klimaschutzziel "25 bis 30 % weniger CO₂ bis zum Jahre 2005 im Vergleich zu 1990" unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Matthiesen?

(B)

Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Kollege Bajohr, ich bedarf jetzt der Aufklärung;

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ja, gern!)

es gibt solche Fälle. Sie haben eben sinngemäß gesagt: Wenn wir dennoch gegen den Verkauf der Flughäfen sind ... Ich frage Sie: Wie darf ich das verstehen? Ich habe das bisher so verstanden, daß Sie mit Ihrer Zustimmung zur Aufnahme in die Beteiligungsgesellschaft und zum Verfahren, das anschließend stattzufinden hat, Ihre Bereitschaft signalisiert haben, die Anteile des Landes zu veräußern.

(Zuruf von der CDU)

Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Wir sind gegen den Verkauf der Flughäfen, aber wir haben der Option

und der Prüfung, ob die Flughafenanteile des Landes verkauft werden sollen, zugestimmt. Aber wir sind in der Sache dagegen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Albert Leifert [CDU]; Du heiliger Strohsack! - Weitere Zurufe von der CDU)

Und, Herr Kollege Matthiesen, wir versuchen natürlich, Sie davon noch zu überzeugen; denn ich halte Sie für durchaus lernfähig.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr, Herr Dr. Linssen hat eine Zwischenfrage!

Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Bajohr, nach der Antwort, die Sie auf die Frage des Kollegen Matthiesen gegeben haben, werde ich nun doch stutzig: Stimmen Sie nun dem Verkauf zu oder nur der Option auf einen Verkauf? (D)

Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Wir stimmen zu, daß die beiden Flughafenanteile in die Beteiligungsgesellschaft aufgenommen werden. Wir stimmen zu, daß die Landesregierung prüft, ob und unter welchen Umständen die Flughafenanteile verkauft werden können. Wir sagen aber hier, daß wir nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnis nicht empfehlen, die Flughäfen zu verkaufen,

(Lachen bei der CDU)

sondern dafür plädieren, die Flughafenanteile in öffentlicher Hand zu behalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Matthiesen! Sprachen Sie nicht eben von Chaos, Herr Bajohr?)

- Ja, von Chaos. Aber das richtet sich immer an Bonn. Sie können "Chaos" gleich "Bonn" setzen, dann sind Sie richtig.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist reinstes Chaos, was hier gemacht wird!)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Meine Damen und Herren, es müßte - drittens - unstreitig sein, daß beide Ziele, nämlich luftverkehrs-dämpfende Maßnahmen und Minderung der Kohlendioxidemissionen, eine Begrenzung des Luftverkehrs erforderlich machen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Dautzenberg zu?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ja, das ist dann aber die letzte.

Leo Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Bajohr, Sie haben gerade die Klärung zum Verkauf der Beteiligungsgesellschaften näher erläutert. Sehen Sie den Ansatz im Einzelplan 20, daraus 300 Millionen DM zu erwirtschaften, als realistisch an? Denn sonst könnten Sie dem Nachtrag ja nicht zustimmen.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Sie wissen, daß dies völlig realistisch ist. Wir können die 300 Millionen DM aus anderen Verkäufen erwirtschaften; aber das können wir auch in den Ausschüssen näher besprechen.

(B)

(Lachen bei der CDU)

- Ich darf weitersprechen: Ich gehe davon aus, daß die Fragen zum Flughafenverkauf Fragen sind, die uns in den nächsten Monaten beschäftigen werden, um zu einer fundierten Entscheidung zu kommen; sie können unabhängig von diesem Nachtragshaushalt geklärt werden. Dieser Nachtragshaushalt wurde ja nötig, weil von Bonn aus die schweren haushaltswirtschaftlichen Verwerfungen ausgehen, und deshalb ist es nötig - ich hatte es schon gesagt -, die Kohl-Regierung möglichst bald abzulösen.

Optimismus allein schafft aber kein Geld herbei, und deshalb müssen wir uns darauf einstellen, daß 1998 und 1999 weitere Milliardenlöcher entstehen. Wir werden daher an eiserner Ausgaben-disziplin festhalten. Wir werden auf viele Dinge verzichten müssen, die wir gerne täten und die wir für notwendig halten.

Einen ersten Schritt hat die Kommission zur Verbesserung der Haushaltssituation gemacht: Wir haben uns mit der SPD weitestgehend einvernehmlich auf Sparmaßnahmen im Umfang von

600 Millionen DM verständigt. Der Finanzminister hat zugesagt, diese Vorschläge in seinen Entwurf für den Landeshaushalt 1998 aufnehmen zu wollen. Damit ist eine wichtige Vorarbeit für die Haushaltsberatungen im kommenden Herbst geleistet.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen handlungsfähig ist.

(Lachen bei der CDU)

Dadurch unterscheiden wir uns ganz erheblich von Bonn, denn in Bonn flüchtet die Regierung Kohl in Buchhaltungstricks, in widersprüchliche Aussagen zu neuen Schulden, in höhere Verbrauchsteuern und in eine Haushaltssperre, die überhaupt keine ist, weil selbst der Kanzler einräumt, daß er durch seinen eigenen Haushalt nicht mehr durchfindet. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Minister Schleißer für die Landesregierung das Wort.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Heinz Schleißer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man unterschiedlicher Meinung in einer Koalition ist, dann kann man das sagen. Ich könnte beispielsweise dem Kollegen Bajohr sagen, daß ich die Lufthansa nicht verkaufen würde, um Löcher im Haushalt zu schließen, wie er glaubt. Wir standen vielmehr vor der Wahl, entweder die Arbeitsmarktprogramme zurückzufahren oder sie konstant zu halten und dafür die Lufthansa zu verkaufen. Wir haben uns zugunsten der Arbeitsmarktpolitik entschieden, und wir bleiben dabei.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: So kann man es auch durchstehen!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Linssen, das ist genau Ihre Masche: Sie kennen natürlich die unterschiedlichen politischen Positionen zwischen den beiden Parteien, und dies sind unterschiedliche Positionen, die sich immer wieder ergeben werden. Ich habe aber auch den Eindruck, daß es oft zu Lösungen kommt, die Ihnen nicht passen.

Ich habe das Glück, sehr häufig in Bonn zu sein. So durfte ich gestern in den Vorgesprächen zum Vermittlungsausschuß und schließlich auch im

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) Vermittlungsausschuß anwesend sein. Was ich dort an Auseinandersetzungen zwischen den beiden Koalitionsparteien mitbekomme, ist uns hier bisher erspart geblieben, und ich hoffe, daß es uns noch lange erspart bleibt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was? Das ist Ihnen erspart geblieben?)

- Die Wahrnehmung ist teilweise anders, Herr Kollege Linssen; das will ich gar nicht bestreiten.

Herr Kollege Diegel, in der Hauptsache muß ich mich mit dem beschäftigen, was Sie hier verzerrt und nicht ganz richtig dargestellt haben. Dies hat bei mir den Eindruck erweckt, Herr Kollege Diegel, daß man zuerst die Realität ausknipsen muß, bevor man eine solche Rede halten kann; denn erst dann ist man in der Lage, eine Rede so zu halten, wie Sie es getan haben. Dabei fiel mir der Anfang eines alten Landsknechtsliedes ein, der folgendermaßen lautet: "Laßt den verlorenen Haufen voran zum Angriff laufen."

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen Finanzminister, der glücklich und zufrieden sein kann. Ich habe das dargelegt, und das gilt für 16 Länderfinanzministerinnen und -minister, und es gilt auch für den Bundesfinanzminister. Man muß aber ein wenig tiefer nach den Ursachen suchen, und das ist schon durch die beiden Bundeskollegen Rexrodt und Waigel getan worden. Die Steuerschätzer und die wissenschaftlichen Institute, die ihnen zuarbeiten, sind an geltendes Steuerrecht und an geltende Vorgaben, wie z. B. die Wirtschaftsentwicklung, gehalten und nicht an das, was sie schon an Veränderungen sehen. Dann kommen solche Zahlen heraus, und Sie erinnern sich sicherlich doch auch wie ich an den Streit zwischen Waigel und Rexrodt, wer dafür die Verantwortung trägt.

- (B) Ich kann aber auch verstehen, daß Sie zur Zeit Magenschmerzen bekommen, wenn Sie morgens in die Zeitung schauen. Ich verstehe auch, daß Sie dies verdrängen, damit Sie überhaupt noch das Frühstück zu sich nehmen können; denn es ist ja eine wirkliche Katastrophe, was Sie jeden Tag lesen müssen. So schlimm hat es uns kaum jemals gebeutelt.

Nun komme ich zu den Auseinandersetzungen bezüglich der Einschätzung, welche man gehabt habe, die Sie vom April des Jahres aufgreifen. Ich kann mich nicht daran erinnern - und ich habe es eben zitiert -, daß ich optimistisch, voller Selbstgewißheit und voller Selbstbewußtsein gesagt

habe, daß völlig in Ordnung und ohne jeden Zweifel ist, was wir im Haushalt stehen haben. Ich war gegenüber den Bonner Zahlen skeptisch und habe das auch hier gesagt. (C)

(Helmut Diegel [CDU]: Aber nicht gehandelt!)

Wenn Sie mir gerade wieder vorwerfen, daß ich nur skeptisch war, aber nicht gehandelt habe, dann sage ich Ihnen folgendes: Im Gegensatz zu Ihnen habe ich diese Bonner Zahlen nicht für eine Fälschung gehalten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die waren niedriger!)

- Ich habe sie nicht für eine Fälschung gehalten, und darum sage ich Ihnen: Sie müssen die Regierenden in Bonn besser kennen als ich. Unsere Ausgangslage war halt eine andere.

Das Haushaltsloch sei größer, haben Sie nun entdeckt. Das ist ja die Fortsetzung der April-Geschichte. Das Haushaltsloch sei größer, sagen Sie, weil Sie es gerechnet haben. Ich bestreite ja nicht, daß Sie des Lesens und der Grundrechenarten kundig sind; das glaube ich Ihnen. Aber ich vermute einmal, daß Sie wieder von Zahlen ausgehen, die nicht stimmen. Sie erinnern sich, Herr Kollege Diegel: Ich hatte eine kleine Auseinandersetzung im April mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden darüber, was das reale und das nominale Bruttoinlandsprodukt anging. (D)

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Im Behaupten sind Sie schnell und flott dabei.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Lesen Sie doch einmal nach!)

- Herr Kollege Linssen, dann noch einmal von vorn: Bei dieser Steuerschätzung sind die Steuerschätzer aufgrund der Vorgaben des Bundeswirtschaftsministers von einem Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 3,4 % ausgegangen. Bisher war die Faustformel: Steuereinnahmen und nominales Bruttoinlandsprodukt wachsen in etwa parallel. Das stimmt seit einiger Zeit nicht mehr. Das haben wir aber berücksichtigt! Sie sehen doch, daß die jetzt erwarteten Steuereinnahmen für 1997 nur noch ein Wachstum von 1,8 % haben. 3,4 % Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts, 1,8 % Wachstum der Steuern! Ich meine, daß Sie ein wenig darauf achten müssen, welche Grundlagen jeweils genommen werden, bevor man rechnet.

(Minister Schleißer)

- (A) "Vermögen veräußern zum Schließen von Löchern" war eine Ihrer Behauptungen. Herr Kollege Diegel, wenn man das alles zurückverfolgt - ich habe ja den Vorteil, auch als Finanzminister schon mindestens zehnmal Haushaltsverhandlungen miterlebt zu haben -, dann war das beeindruckend. Wenn Sie die Möglichkeiten gehabt hätten, Ihre Anträge jeweils in dem Haushaltsjahr, in dem Sie die Anträge gestellt haben, umzusetzen, dann brauchten wir heute über die Veräußerung von Vermögen nicht mehr zu reden. Sie hätten nicht nur das, was wir jetzt verkaufen wollen, sondern darüber hinaus schon ein Vielfaches veräußert.

Ich nenne einmal die Anteile der WestLB.

(Helmut Diegel [CDU]: Dann ginge es uns besser, Herr Finanzminister!)

- Ja, dann ginge es uns besser, wenn das auch schon lange weg wäre! Wenn die strukturpolitischen Möglichkeiten nicht mehr vorhanden wären, wenn Sie also noch aggressiver die Landesregierung angreifen könnten, dann ginge es uns besser, meinen Sie. Diesem Land ginge es nicht besser. Es kann zwar sein, daß es dem Wohlfühl der Opposition ein bißchen besser ginge; aber dafür sind wir nicht zuständig. Wir sind für dieses Land zuständig!

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister Schleißer, Herr Dr. Linssen hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie diese?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Aber sicher!

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön, Herr Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Finanzminister, würden Sie uns recht geben, wenn wir sagen: Sie machen sich das ein bißchen einfach, wenn Sie nur darauf abheben, daß dann Landesvermögen verkauft worden wäre und damit der Bestand an Landesvermögen geringer geworden wäre - der Teil ist richtig -, aber vergessen hinzuzufügen, daß dadurch strukturpolitische Effekte erzielt werden, daß dadurch Wirtschaftspolitik in diesem Lande endlich einmal im Wachstum vielleicht auf den Stand des Durchschnitts der anderen Bun-

desländer gebracht worden wäre und dadurch die Steuereinnahmen andere wären als heute, nämlich nicht so viel niedriger, als sie es dank Ihres verheerenden Kurses in der Wirtschaftspolitik sind.

(Beifall bei der CDU)

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege Linssen, das behaupten Sie. Diese Behauptung ist so alt, wie Sie Oppositionsvorsitzender sind. Sie werden das noch zwanzigmal wiederholen können; allerdings wird es dadurch keinen Deut besser.

Herr Kollege Linssen, wir haben gestern zusammengesessen, und zwar der Finanzminister Bayerns, der Finanzminister Baden-Württembergs, der von Hessen und der von Nordrhein-Westfalen, also die Finanzminister der Zahlerländer, der vier finanzstarken Länder dieser Republik, und haben uns überlegt, wie wir wohl solidarisch mit den anderen sein können, aber auch bestimmte Bremsen einbauen können, damit wir nicht nur Zahler sind. Nordrhein-Westfalen war nicht dabei, weil Sie mit Ihren Behauptungen recht haben, sondern weil Nordrhein-Westfalen von seiner Finanzkraft, von seiner Steuerkraft her zum entscheidenden Financier dieser Republik geworden ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber relativ schlechter geworden!)

- Nein, nicht relativ schlechter geworden!

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja, natürlich!)

- Ich sagte Ihnen doch: Durch permanente Behauptungen wird es nicht richtig.

Sie reden von Risiken im Haushalt. Selbst wenn Sie die Entwicklung nur der letzten zwei Jahre betrachten, sind ja unser Problem die ansteigenden Leistungen des Landes im Länderfinanzausgleich. Heute ist schon klar, daß die Finanzkraft Bayerns relativ konstant bleibt, Baden-Württemberg und Hessen in der Wirtschaftskraft abflachen. Daher kommt es doch, daß wir allein im Länderfinanzausgleich - ich rede gar nicht von den über 6,5 Milliarden DM anderen Leistungen - von den ursprünglich 2,3 Milliarden auf über 3,1 Milliarden DM hochgestiegen sind, was ich nach wie vor als Risiko sehe. Sollte sich diese Entwicklung auch in 1997 fortsetzen, werden wir mit diesem Ansatz nicht auskommen. Aber ich

(Minister Schleußer)

- (A) setze ja ein wenig darauf, daß Sie recht haben, daß die anderen auch wieder Luft bekommen.

Aber diese Entwicklung tritt doch nicht ein, weil dieses Land lahmt, sondern weil es Quartal für Quartal in seiner Finanzkraft zunimmt. Ich finde, das müßte auch eine Opposition zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will keine Blankovollmacht bei den Beteiligungen. Ich habe dargestellt, daß die Landesregierung in einer Kabinettsentscheidung schon 1994 gesagt hat, was wir aus strukturpolitischen Gründen für verzichtbar halten, was nicht. Ich habe immer wieder dargelegt, was in den Koalitionsverhandlungen festgelegt worden ist. Da war es gar nicht der Streit darüber, was privatisiert werden sollte, sondern der Streit ging darum, was nicht privatisiert werden sollte.

Ich habe von der Opposition immer gehört, Herr Kollege Linssen, daß Sie noch mehr privatisieren und schneller privatisieren wollen. Also wären wir doch bei den Schritten, die wir jetzt gehen, gut beieinander: wirtschaftlich vernünftig, nicht an die Jährlichkeit des Haushalts gebunden, sondern optimal angekoppelt. Verkäufer und Käufer wären die optimalen Möglichkeiten im Interesse des Landes eingeräumt.

- (B) Das wollen wir damit. Wir wollen niemanden ausgrenzen. Kollege Trinius hatte Ihnen erklärt, welche Entscheidungen im Nachtrag getroffen werden. Herr Kollege Linssen, Sie sprachen darauf an: Ich werde das, was geleistet worden ist, und das, was geleistet wird, im Haushalts- und Finanzausschuß sauber darlegen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen?

Heinz Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin, immer!

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Finanzminister, Sie haben gerade im Zusammenhang mit dem Verkauf von Landesvermögen erklärt, daß Sie niemanden ausgrenzen werden. Heißt das, daß

- auch die Opposition in diese Entscheidungen eingebunden wird? (C)

Heinz Schleußer, Finanzminister: Natürlich. Herr Kollege Trinius hatte es Ihnen schon dargelegt. Was Sie nicht veräußert haben wollen - davon gehe ich aus -, werden wir in den Ausschüssen und hier im Plenum hören, und wir werden sehen, welche Änderungsanträge Sie dazu stellen. Dann kann es sein, daß diese Anträge nicht mehrheitsfähig sind.

(Lachen bei der CDU)

- Sie müssen doch nicht darüber lachen, daß Sie von den Bürgern nicht die Mehrheit erhalten haben. Das können Sie mir doch nicht anlasten.

(Helmut Diegel [CDU]: Sie haben sie auch nicht erreicht!)

Ich sage - und darüber müßten wir reden - noch ein Wort zum Flughafen Düsseldorf, Herr Kollege Hardt, weil Sie in dieser Phase besonders intensiv mit den Zwischenrufen waren. Ich habe, obwohl es hin und wieder einem Finanzminister unterstellt wird, fast keine fiskalischen Interessen am Flughafen Düsseldorf. Der Flughafen Düsseldorf ist der zentrale Flughafen unseres Landes. Er muß die Chancen bekommen, die dieser Flughafen verdient. Wir werden alles daran setzen, daß er diese Gestaltungs- und Aufwärtsentwicklung nehmen kann, selbst wenn dann das Fiskalische dafür ein wenig zurücktreten muß. In dieser Position sind der Wirtschafts- und der Finanzminister nicht auseinander. Und so werden wir das wohl handhaben. Also keine Blankovollmacht!

Herr Kollege Diegel, zu den Zinsen. Ich hatte Ihnen dargelegt, welcher schmaler Weg zwischen dem Überziehen und dem Unterziehen der Zins einschätzung häufig besteht. Niemand hätte Ihnen im Dezember des Jahres 1996, als wir diesen Haushalt verabschiedet haben, gesagt, wie die Zinsentwicklung im ersten Halbjahr 1997 sein würde. Im Gegenteil: Alle haben mit einer deutlichen Aufwärtsentwicklung gerechnet und nicht damit, daß wir im Februar den historisch niedrigsten Zinssatz überhaupt haben würden. Haben Sie sich vorstellen können, Herr Kollege Diegel, daß wir in dieser Zeit Floater aufgenommen haben, in der die Refinanzierungskosten unter 2,5 % gelegen haben? Wenn Sie das alles gewußt haben, dann wundere ich mich, warum Sie nicht jetzt ein steinreicher Mann sind. Das hätten

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) Sie alles über einen sehr kurzen Zeitraum erreichen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, daß mit dem jetzt auf den Weg gebrachten Nachtrag und dem Handeln, das die Landesregierung gezeigt hat, und mit den bisher in den Koalitionsfraktionen erfolgten Abstimmungen dieses Land, diese Landesregierung beweist: Wir sind zwar keine Insel. Wir können uns von dem, was in dieser Republik passiert, nicht abseilen und so tun, als hätten wir nichts damit zu tun. Aber ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger und auch der Landtag müßten eigentlich froh darüber sein, wie wir das machen, in welchen Schritten wir das machen und wie solide wir es tun. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Als nächstes hat sich für die SPD-Fraktion Herr Kollege Thulke gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

- (B) **Jürgen Thulke (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich lediglich einige kurze Bemerkungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz machen. Premieren haben meist etwas Feierliches, zumindest aber etwas Positives oder Anregendes. Die Premiere, die wir heute als kommunalpolitisch Verantwortliche im Landtag erleben, hat damit gar nichts gemein.

Erstmalig erlebe ich, daß ein Nachtragshaushalt, der als solcher kein Novum ist, auf das GFG des laufenden Jahres negativ durchschlägt. Erstmalig müssen Beträge, die sich nach einer Steuerschätzung als anteilige Belastung der Kommunen ergeben, direkt aus dem laufenden GFG genommen werden.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

In der Vergangenheit bestand die Möglichkeit, den jeweiligen Betrag zu kreditieren. Dies war zwar eine Belastung für künftige Gemeindefinanzierungsgesetze, gleichwohl waren alle Kommunen für das nicht sofortige Durchschlagen dankbar; denn auf die Belastung folgender Gemeindefinanzierungsgesetze mit der kreditierten Summe konnte man sich einstellen. Korrekturen im laufenden Haushaltsjahr konnten so bei den Kommunen unterbleiben.

So traf es uns unvorbereitet, als der Finanzminister erklärte, daß angesichts der nahezu erreichten Verfassungsgrenze zur Neuverschuldung eine Kreditierung des auf die Kommunen entfallenden Betrages von 250 Millionen DM nicht erfolgen kann.

Überrascht hat uns auch - das möchte ich an dieser Stelle durchaus einräumen -, daß der Schwerpunkt der Aufteilung der Belastung im Bereich der Schlüsselzuweisungen liegt. Welch großen Wert die Kommunen auf berechenbare und sichere Schlüsselzuweisungen legen, brauche ich hier nicht besonders zu betonen. Ein Mehr an Schlüsselzuweisungen hätte auch hier zur Akzeptanz der unvermeidlichen Belastung beigetragen. Die lineare Belastung der Zweckzuweisungen ist von den Fachkollegen kritisiert worden.

Wer die einzelnen Programme kennt und verfolgt, weiß, wie schwierig sich jetzt manche Gestaltung für das restliche Haushaltsjahr entwickeln wird. Manches wird vielleicht sogar ohne Landesmittel gar nicht mehr verfolgt werden oder zumindest hinausgeschoben werden müssen.

Ich wage keine Prognose für die Zukunft. Wir sind ja nun ein ums andere Mal überrascht worden. Vielleicht muß man aber aus den verheerenden Ergebnissen der diesjährigen Steuerschätzung lernen, daß das Ausgabeverhalten noch stärker überprüft werden muß.

Ich hoffe, daß dieser Premiere - in Führungszeichen - keine Fortsetzungen folgen. Wir müssen einen größeren Abstand zur Verschuldungsgrenze gewinnen. Da dies auch durch verstärkte Investitionen möglich ist, muß das von uns stärker überlegt werden. Das Terrain für die Schaffung von mehr Investitionen zu ermöglichen, ist unsere gemeinsame, nicht nur eine kommunale Aufgabe.

Gleichwohl sehen wir keine Änderungsmöglichkeiten für diesen Nachtrag. Ich erwarte mit Spannung die Änderungsanträge der Opposition im Fachausschuß und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Thulke. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Groth. Bitte sehr.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Freitag, der 13., ein raben-

(Groth [GRÜNE])

(A) schwarzer Tag für die NRW-Kommunen, ein Tag, an dem die Landesregierung gezwungen ist, einen Nachtragsetat einzubringen, einen Nachtragsetat auch zum GFG, wo mutig und konsequent das leider umgesetzt werden muß, was Bonn uns eingebrockt hat - mit einem harten Schnitt, was wir bislang in NRW nicht kennen: Es wird nicht kreditiert, weil das nicht mehr möglich ist. Es schlägt durch bis auf die Kommunen. Schlüsselzuweisungen sollen gekürzt werden.

Nicht heute ist eigentlich der schwarze Tag, auch nicht der Tag im Mai, an dem die Steuerschätzung bekannt wurde. Nein, meine Damen und Herren, wir leben in einer tiefschwarzen Zeit der Entleerung öffentlicher Kassen - meine Vorredner haben das gesagt -, der Entlastung von prosperierenden Unternehmen und der Belastung von Kleinverdienern und Normalverdienern. Heute erleben wir, wie sich die bisherige Politik der Bundesregierung schon jetzt auswirkt. Die Zukunft allerdings sieht noch düsterer aus.

Die Steuerreform auf Bundesebene bringt Nettoentlastung - heißt das vollmundige Versprechen. Ich frage: Wer soll profitieren und also weniger zahlen, und welche Ebene soll diese Mindereinnahmen auffangen? Machen wir uns nichts vor! Es ist doch so: Wenn weniger an Steuern eingenommen wird, ist nachher auch weniger da, was wieder ausgegeben werden kann. Der Entlastung steht eine Belastung gegenüber, zum Beispiel bei den Städten und Gemeinden.

(B) In einer Aktuellen Viertelstunde des Kommunal Ausschusses hat der Innenminister auf die Frage, wie die geplante Steuerreform auf die Kommunen durchschlagen wird, geantwortet: Allein 1998 sind es 112 Millionen DM weniger für die NRW-Kommunen. Aber schon 1999, nach der Bundestagswahl, meine Damen und Herren, sind es 2,6 Milliarden DM Mindereinnahmen für die Kommunen allein in NRW.

Mein Kollege Herr Thulke hat kürzlich eine Anfrage gestellt, wie die einzelnen Gemeinden betroffen sein werden. Wir warten noch auf die Antwort. Sie soll bitte gemeindefach ausfallen. Ziehen Sie sich dann warm an, meine Damen und Herren von der CDU, denn wir werden vor Ort sagen, woher es kommt, daß weniger Geld in den Kassen ist. Wir werden Sie in jeder Gemeinde vorführen. Dann müssen Sie sagen, daß die

Zeit für vollmundige Versprechungen in alle Richtungen vorbei ist. (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie gut, daß Sie das gemerkt haben! Eure Politik schlägt jetzt durch!)

Sie müssen Farbe bekennen und werden eingestehen müssen - auch Sie, Herr Linssen -, daß es Ihre Politik ist, die Politik der CDU/CSU, die zur Schließung von Schwimmbädern, Freizeitheimen und Kultureinrichtungen führt. Alles das passiert auf der kommunalen Ebene, weil Sie unsere kommunalen Kassen entleeren. Wir werden uns nicht scheuen, Roß und Reiter zu nennen. Jeder und jede im Land soll wissen, wer ihr und ihm die Suppe eingebrockt hat, die jetzt zähneknirschend ausgelöffelt werden muß.

(Lachen des Heinz Paus [CDU])

Zur Gegenwart! Spätestens in der nächsten Woche liegen gemeindefach Zahlen dafür vor, was jetzt der Nachtrag im GFG bringen wird. Es ist ja keine Kürzung des Landes, wie Sie das gern darstellen wollen; auch Herr Diegel hat das wieder versucht. Das ist keine Kürzung des Landes, sondern das, was Sie in Bonn produzieren, weshalb weniger in die Kassen des Landes fließt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: So ein Quatsch!) (D)

Die Kommunen sind daran nach wie vor mit 23 % beteiligt. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie sind daran zu beteiligen, und wir müssen das irgendwie kürzen. Keiner von Ihnen hat hier zu den kommunalen Problemen gesprochen, weil auch Sie nicht wissen, wie Sie es machen sollen. Es gibt da keinen Königsweg.

Ich weiß, wie es aussieht in den kommunalen Haushalten, wo konsolidiert wird. Mir tut das weh. Das ist im übrigen die einzige staatliche Ebene neben dem Land, die es geschafft hat, Maastricht-konform zu handeln.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das sind diejenigen, die schon konsolidieren und nicht übermäßig in die Verschuldung gehen, die nicht zu hohe Personalausgaben haben. Diese Ebene wird jetzt weiter belastet, meine Damen und Herren. Das ist ein Verschulden der Bundes-

(Groth [GRÜNE])

(A) regierung. Wir geben das hier nur weiter. Manche wird es hart treffen; das tut mir leid.

Ich kann nur sagen: Waigel und Co., lebt wohl, aber ohne uns!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3 habe ich nicht. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Überweisung** des Gesetzentwurfs **Drucksache 12/2100** an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - sowie an die beteiligten **zuständigen Fachausschüsse**. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit haben wir einstimmig so **beschlossen.**

Ich rufe auf:

4 Zusatzprotokoll zum Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen kommunalen Gebietskörperschaften

(B)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 12/2065
erste Lesung

Zur **Einbringung** durch die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Kniola das Wort. Bitte schön.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt das von der Bundesrepublik Deutschland am 9. November 1995 gezeichnete Zusatzprotokoll zum Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften vor.

Das dem Zusatzprotokoll zugrunde liegende Rahmenübereinkommen vom 21. Mai 1980 fordert die Vertragspartner dazu auf, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern und

zu fördern. Eine ausdrückliche Verpflichtung zur Anerkennung des Rechts der Gebietskörperschaften, Vereinbarungen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schließen, enthält es nicht. (C)

Das Zusatzprotokoll ergänzt dieses Rahmenübereinkommen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften im Grenzgebiet zu erleichtern und für die Überwindung rechtlicher Hindernisse bei der Entwicklung grenzüberschreitender Projekte, die sich in der Vergangenheit herausgestellt haben, Hilfestellung zu geben. Es konkretisiert zudem in einigen Punkten die bisher sehr vagen Bestimmungen des Rahmenübereinkommens.

Das Zusatzprotokoll zum Europäischen Rahmenübereinkommen räumt den Gebietskörperschaften nunmehr ausdrücklich das Recht ein, Vereinbarungen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften anderer Staaten in gemeinsamen Zuständigkeitsbereichen in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht zu schließen.

Die Vertragsparteien erkennen dieses Recht an und verpflichten sich, es zu achten. Es regelt die Umsetzung von Beschlüssen in innerstaatliches Recht, die im Rahmen grenzüberschreitender Zusammenarbeit erforderlich sind, und befaßt sich mit der Möglichkeit der Einrichtung von Organen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit oder ohne Rechtspersönlichkeit. Außerdem sieht es vor, daß Zusammenarbeitsorgane bei ihren Beschlüssen nur dem innerstaatlichen Recht des Staates unterliegen, in dem das betreffende Organ seinen Sitz hat. (D)

Die ständige Vertragskommission der Länder hat den Landesregierungen empfohlen, dem Abkommen zuzustimmen. Die Vereinbarung bedarf gemäß Ziffer 3 der Lindauer Absprache des Einverständnisses der Länder, da sie ausschließliche Kompetenzen der Länder auf dem Gebiet des Kommunalrechts betrifft.

Ich hoffe auf eine breite Übereinstimmung darin, die interkommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern und bei der Entwicklung grenzüberschreitender Projekte den interessierten Kommunen für die Überwindung rechtlicher Hindernisse konkrete Hilfestellung zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)